

Zeit ein ideologisches Kapital dar, das beinahe problemlos mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu teilen war – eine Art kleinster gemeinsamer politischer Nenner, ein Bereich besten Einverständnisses. In ihrem – nicht immer bloss angstdiktieren – Bemühen, sich mit den Deutschen gutzustellen, spielte die Schweizer Diplomatie diesen ›Trumpf‹ auch immer wieder gezielt aus. Bei seinem Empfang durch Hitler am 23. Februar 1937 konnte sich Alt-Bundesrat Schulthess beim »Reichskanzler« bequem anbieten, indem er explizierte, »dass die Schweiz keine diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland habe«. Nach einem Gespräch mit dem deutschen Gesandten Köcher, der nach dem Desaster von Stalingrad meinte, »dass die deutsche Armee als einzige auf dem europäischen Kontinent imstande [sei], das russische Vordringen abzubremesen«, und daher »erhalten« werden müsse, betätigte sich Bundesrat Pilet-Golaz, auf den dieses fadenscheinige Argument »einen tiefen Eindruck gemacht« haben soll, Anfang Januar 1943 sogar als Fürsprecher der deutschen Interessen. Er liess, einem Bericht des nachträglich informierten Nachrichtenoffiziers Hausamann zufolge, umgehend den amerikanischen Botschafter in Bern, Leland Harrison, zu sich kommen und machte ihm mit dem Hinweis »auf die grosse Gefahr der Bolschewisierung Europas« den Vorschlag, die Amerikaner und Briten »möchten doch die Russen diesen Krieg allein ausfechten lassen«. Harrison übermittelte diesen schweizerischen Wunsch, der nach den Worten des damals Pilet-Golaz sehr kritisch gegenüberstehenden – und vom entsetzten Hausamann ins Bild gesetzten – August R. Lindt darauf hinauslief, »das nationalsozialistische Regime überleben« zu lassen, »damit das deutsche Heer sich ungestört auf die Vernichtung des sowjetischen Reiches konzentrieren könne«, sofort nach Washington. Es bestehen wohl wenig Zweifel, dass dem sowjetischen Geheimdienst dieses Schweizer Manöver – Nachrichtenoffizier Max Waibel sprach von »Neutralität à la Pilet« – nicht verborgen bleiben konnte.

Pilet-Golaz, der am 29. März 1944 in der Debatte um die Motion Reinhard salbungsvoll verkündet hatte, »dass das fundamentale Prinzip unserer Aussenpolitik (...) die Neutralität, eine unbestrittene und indiskutable Neutralität bleibe«, welche man nicht

»dem geringsten Verdacht aussetzen dürfe«, sah sich nach der sowjetischen Absage, diesem »eklatanten Misserfolg der Aussenpolitik des Bundesrates«, wie das ›Volksrecht‹ schrieb, dazu gezwungen, die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten. In seinem Demissionsschreiben vom 7. November 1944 erklärte er, »dass der Aussenminister der Kriegsjahre nicht derjenige der Nachkriegszeit sein dürfe und könne«. Gegenüber dem britischen Botschaftsrat Mc Killop wurde Pilet-Golaz am 18. November noch etwas deutlicher und meinte, sein Nachfolger müsse »ein neuer Mann« sein, »der nicht wie ich persönlich für die durch eine Politik strikter Neutralität aufgezwungenen Kompromisse verantwortlich ist«. Der Schweiz gelang es erst im März 1946, mit der Sowjetunion diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Die ›Heer und Haus‹-Korrespondentin Frau Kohli aus Reutigen/BE schrieb am 9. Februar 1945, »unsere Leute beschäftigte, was äussere Politik anbelangt, die Antwort der Russen auf unser Angebot natürlich sehr. Herrn Pilet-Golaz' Rücktritt betrauerte jedoch niemand.« Doch einmal mehr wurde die Schweizer Geheimniskrämerie kritisiert: »Es muss das Volk doch stutzig machen, wenn es eine Meldung wie die diplomatische Absage von Russland zuerst durch englische Sender vernimmt und erst drei Tage später von Beromünster hören kann.«

Ebenso grosse Mühe wie die Anerkennung der Sowjetunion bereitete der Schweiz damals die Anerkennung der neuen Regierung des befreiten Frankreich unter General Charles de Gaulle. Pilet-Golaz hatte aus seiner Bevorzugung der Vichy-Regierung von Maréchal Pétain nie einen Hehl gemacht, wie Gérard Lévêque in einer gründlichen Untersuchung nachgewiesen hat. Das unverständliche schweizerische Zögern – die Alliierten hatten das neue Frankreich am 24. Oktober 1944 anerkannt und Staaten wie Schweden und Spanien waren diesem Schritt sogleich gefolgt – erregte in Paris wachsende Irritation. Die aus der Résistance hervorgegangene französische Regierung reagierte auf diese für feindlich erachtete Zurücksetzung durch die Schweiz sehr empfindlich. Ein Austausch von Botschaftern kam erst Mitte April 1945 zustande.

Nicht nur in der hohen Diplomatie, auch in der Aussenwirtschaftspolitik stolperte die Schweiz von Debakel zu Debakel. Die

Taktik der Schweiz, bei der Erfüllung der alliierten Forderungen nach Einschränkung des Warenverkehrs mit Deutschland auf Zeit zu spielen, war von den Alliierten selber schon längst durchschaut worden. Die Schweiz schien nicht zu merken, dass sie das, was sie einmal ihren Ruf nannte, immer mehr verspielte. Anfang November 1944 liess der kommandierende General der alliierten Armeetransportdienste in Frankreich den gesamten Eisenbahngüter- und Lastwagenverkehr mit der Schweiz stoppen. »Ende November 1944 war die Schweiz fast vollständig isoliert«, schreibt Heinz K. Meier in seinem Buch »Friendship under Stress« über die amerikanisch-schweizerischen Beziehungen. Genauso wie in der britischen Regierung – rund um das Ministerium für wirtschaftliche Kriegsführung (MEW) – gab es auch in der amerikanischen Administration genügend Leute, die am Ende ihrer Nerven und dazu entschlossen waren, wie H. K. Meier es ausdrückt, die Schweiz »dazu zu zwingen, endlich und gänzlich zu erfüllen, was sie zu tun sich so lange geweigert hatte«.

Am 29. Dezember 1944 setzte der amerikanische Foreign Economic Administrator Leo T. Crowley dem neuen US-Aussenminister Edward R. Stettinius in einem Brief über die Schweiz haar klein auseinander, wie wenig er – angesichts der beträchtlichen Schweizer Lager an Kohle und anderen Gütern – vom Argument der Abhängigkeit von deutschen Lieferungen hielt. Das Gerede der Schweiz, wonach sie noch immer mit einem deutschen Vergeltungsschlag rechnen müsse, sei angesichts der militärischen Lage nur noch »lächerlich«. Es scheine, meinte Crowley weiter, die Schweizer seien einfach darauf aus, »ihre Hilfe für die Kriegswirtschaft des Feindes bis zum bitteren Ende fortzusetzen und zu Reduktionen nur nach langem Zögern und unter stärkstem alliierten Druck Hand zu bieten«. Der Inhalt des Briefes sickerte zur amerikanischen Presse durch. An einer Pressekonferenz vom 3. Januar 1945 wurde der Secretary of State Stettinius daraufhin von Medienleuten angefragt, ob die Vereinigten Staaten Wirtschaftsmassnahmen gegen die Schweiz in Betracht zögen wegen »dauernder Unterstützung Deutschlands«. Stettinius erklärte laut einer in der NZZ abgedruckten Exchange-Agenturmeldung, »dass zurzeit die gesamten amerikanisch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen

im Hinblick auf eine mögliche Revision überprüft würden.« Von einem »hohen Regierungsbeamten im Weissen Haus« hatte der »Exchange-Korrespondent ausserdem erfahren: »Es ist höchste Zeit, die Vorstellung zu zerstreuen, dass die Schweiz ein harmloses neutrales Land ist, das nur aus Äplern und Jodlern besteht. Man muss vielmehr die Tatsache festnageln, dass ihr fortgesetzter Handel mit Deutschland und die dem Reich eingeräumten Transporterleichterungen eine Unterstützung des deutschen Kriegseinsatzes und eine Behinderung des Kampfes der Alliierten darstellen.« Heinz K. Meier schrieb, diese ersten Tage des Jahres 1945 hätten »zu den dunkelsten« der Schweiz während des ganzen Zweiten Weltkriegs gehört.

Nach der Erledigung der Waffenfrage waren für die Alliierten der Gotthard-Transit und die schweizerischen Bankgeschäfte die vor dringlichsten Probleme. Die plombierten deutschen Güterzüge oder offenen Kohlewaggons, die quer durch die nächtliche Schweiz ins von den Deutschen besetzte Italien fuhren, stellten nicht nur in den Augen der Amerikaner und Briten einen Skandal dar. »Heer und Haus«-Korrespondentin Frau M. Stahel aus Winterthur schrieb am 18. November 1943: »Können die immer noch täglich durch unser Land von Deutschland nach Italien rollenden Kohlenzüge, die – vom englischen Sender betont – der Kriegsindustrie dienen sollen, unsere Neutralität doch sehr belasten und uns Schwierigkeiten bringen? Aufrechte Schweizer verstehen das Geschehen nicht, das doch einem Neutralitätsbruch gleichkommt.« Unzählige Soldaten, die damals im Aktivdienst die Grenzen und das Réduit – die »Kernstellung« in den Alpen –, wie sie glaubten, gegen die Deutschen verteidigten und diese Züge sahen, nahmen mit einer gewissen Fassungslosigkeit zur Kenntnis, dass ihr Land weniger dem vielbeschworenen unberührbaren Igel, als dem nicht weniger legendären, mit vielen Löchern versehenen Schweizer Käse glich. Berechnungen des deutschen Reichsverkehrsministeriums zufolge wurden Mitte 1943 monatlich 470'000 Tonnen Kohle »über die Schweiz nach Italien befördert«. Die zahlreichen damals zirkulierenden Gerüchte zeigen, dass es dem Bun-

desrat damals nicht gelang, die Schweizer Bevölkerung davon zu überzeugen, dass strenge Kontrollen die Durchfuhr von Waffen und Truppen durch den Gotthard verhinderten. Zweifel, waren diese nun begründet oder nicht, wurden immer wieder laut. Otto Rüthy schrieb der Sektion ›Heer und Haus‹ am 30. September 1942 aus Schönenwerd/SO: »Von Zeit zu Zeit hört man immer wieder die Behauptung, dass auf der Strecke Basel-Olten-Chiasso fremde Truppen und Material transportiert werden.« Als Gewährsleute wurden Arbeiter, »die in Olten wohnen«, oder SBB-Beamte genannt. Die schon erwähnte Frau M. Stahel aus Winterthur schrieb am 10. September 1943: »Ich hörte im Schnellzug Zürich-St. Gallen, dass die Schweiz nächtliche Transportzüge mit Kriegsmaterial Deutschlands nach Italien durchlasse.« Kl. Hunziker aus Scherzingen/TG berichtete am 8. Oktober 1943: »Vor acht Tagen war ich bei Bekannten im Appenzellerland. Dort wurde folgendes verhandelt und diesbezüglich kommentiert: Ein Soldat, jedenfalls der Bew[achungs]-Kompanie im Gotthardgebiet, hat bei seinem Urlaub in der Heimat erzählt, dass viele Güterzüge mit fest geschlossenen Wagen täglich oder nächtlich den Gotthard passieren, von denen man bestimmt wisse, dass es deutsche Truppen- und Kriegsmaterialtransporte seien. Diese Behauptung wurde auch von andern Appenzeller Urlaubern gemacht.«

Die amerikanischen Presseangriffe Anfang 1945 gaben diesen alten Gerüchten wieder neuen Auftrieb. Aus Schwändi/GL berichtete Jos. Fanger am 22. Januar 1945: »Hingegen tauchten anlässlich des Schreckschusses von Herrn Stettinius und seiner Presse gelegentlich Zweifel auf, ob die Schweiz nicht doch etwa seinerzeit deutsche Truppen und Kriegsmaterial durch ihr Hoheitsgebiet hätte passieren lassen und dass diese Angriffe vielleicht zum Teil dadurch begünstigt worden wären.«

Ein Teil dieser Gerüchte geht eindeutig auf reale Erfahrungen zurück. Zwischen Deutschland und Italien wurden tatsächlich in Waggons Menschen hin- und hertransportiert, wenn auch, wie es scheint, nicht Truppen, sondern Zehntausende von italienischen Ernte- und Zwangsarbeitern. Stimmen mochten da gehört worden sein, und wenn es danach hiess, »es hätten in verschlossenen Viehwagen Transporte deutscher Truppen durch die Schweiz stattge-

funden« (H. Thürig aus Malters/LU, 1.12.1942), dann wurden aus den Beobachtungen einfach die naheliegendsten Schlüsse gezogen. Als der Seminarist Walter Lüem aus Windisch/AG am 8. Januar 1943 meldete, er habe »in Eisenbahnerkreisen (...) gehört: ›Irgendwie sei ersichtlich gewesen, dass 60'000 Mann nach Italien befördert worden seien. Da habe man wieder die Neutralität. Man wisse überhaupt nicht, was da alles in diesen Wagen sei, die meisten seien ja plombiert usw.«, da antwortete ›Heer und Haus‹ (i.A. Aufklärungsdienst Geigy): »Das von ihnen gemeldete Gerücht, dass Italiener durch unser Land befördert würden, bezieht sich zweifellos auf die Transporte italienischer Arbeiter, welche im Frühling zu Landarbeiten nach Deutschland fahren und im Herbst von dort wieder zurückkommen. Im Jahre 1942 hat sich dieser Rücktransport wegen der für Landarbeiten günstigen Witterung verspätet. Diese Transporte sind ohne weiteres mit unserer Neutralität vereinbar und werden im übrigen von der Heerespolizei kontrolliert.« Dem Basler Hans Schick-Gutzwiller (›letzten Sommer wurde [...] energisch behauptet [...] es haben deutsche Truppen-Transporte [...] in plombierten Wagen stattgefunden«, 17.2.1944) antwortete ›Heer und Haus‹ (i.A. Aufklärungsdienst Pozzi): »Bis zum Zusammenbruch Italiens haben im Transitverkehr im Frühling in südlich-nördlicher, im Herbst in nördlich-südlicher Richtung Transporte von italienischen Arbeitern stattgefunden. Es handelt sich dabei um Italiener, die sich zur Arbeit in der deutschen Landwirtschaft freiwillig hatten anwerben lassen. Diese Transporte wurden von der Heerespolizei kontrolliert. Sie standen in vollem Einklang mit unserer Neutralitätspolitik.«

Was die angebliche Freiwilligkeit betraf, war die italienische Widerstandsbewegung, wie das bereits diskutierte Zeugnis von Helena Fischli Dreher beweist, anderer Meinung. Die deutschsprachigen alliierten Sender sorgten dafür, dass das Schicksal dieser Zwangsarbeiter auch in der Schweiz nicht ganz vergessen ging. ›Heer und Haus‹-Korrespondent W. Huldi aus St. Gallen berichtete am 30. Oktober 1943: »Am 27. dieses Monats meldeten die Deutschen [›Atlantiksender‹] in ihren Radionachrichten, dass in der Nähe von Olten einige Bahnangestellte einen von Deutschland plombierten Eisenbahnwagen öffneten. In diesem Wagen be-

fanden sich 36 Italiener, die nach Deutschland transportiert werden sollten. Diese Italiener konnten damit entweichen. Der deutsche Sprecher führte weiter noch aus, dass Deutschland wegen diesem Vorfall bei unserer Regierung die nötigen Schritte unternehmen werde.« W. Benzikofer, ebenfalls aus St. Gallen, hatte die Sendung auch gehört: »Die deutschen Nachrichten brachten vor einigen Tagen die Meldung, in Olten sei ein deutscher plombierter Eisenbahnwagen durch Personal der SBB geöffnet worden, und 36 gefangene Italiener, die in diesem Wagen eingeschlossen gewesen seien, wären befreit worden« (29.10.1943). Den Schweizer Behörden war die Meldung nicht entgangen. Die Abteilung ›Presse und Funkspruch‹, welche die wichtigsten die Schweiz betreffenden Presse- und Rundfunkmeldungen zusammenstellte, nahm die Nachricht in ihre ›Tagesrapporte‹ auf: Statt von 36 war da aber von 26 Personen die Rede: »KWS-Atlantik meldete am 27.10.1943, 19 Uhr 40: ›Das Verschwinden von 26 italienischen Arbeitern aus einem plombierten Transportzug durch die Schweiz wurde als die politische Demonstration einiger schweizerischer SBB-Beamten aufgeklärt. Nachdem bei der Ankunft des Zuges gestern in Basel festgestellt wurde, dass die Insassen eines Wagens geflohen waren, wurde von den Schweizer Behörden eine Untersuchung eingeleitet. Wie die Untersuchung ergab, hat ein Angestellter der SBB in Olten die Plomben eines Wagens aufgebrochen, um den italienischen Arbeitern die Möglichkeit zu geben, sich dem Einsatz in der deutschen Rüstungsindustrie zu entziehen.« Ob es wohl noch Zeugen für diesen Vorfall gibt? Oder gar Akten?

Misstrauen ging damals, als es wegen der Zensur an einer ›Öffentlichkeit‹ fehlte, automatisch in Gestalt von Mutmassungen und Gerüchten um. Paul Studer meldete am 13.11.1943 aus Visp: »Kritisiert wird, dass unsere Behörden Tausenden und Tausenden von italienischen Arbeitern die Durchfuhr durch die Schweiz zum Arbeitseinsatz in Deutschland gestatten. Diese Transporte könnten nicht genau kontrolliert werden. Der englische Radio habe auch auf die Umstände hingewiesen. Bombardierungen unserer Bahnen seien daher nicht ausgeschlossen.« In den direkten Verhandlungen mit den Alliierten verwiesen die Schweizer stets auf den Gotthardvertrag aus dem Jahre 1909, in welchem Deutsch-

land und Italien, die den Tunnel mitfinanziert hatten, reibungsloser Transit zugebilligt worden war. Die Minimalforderung der Alliierten war, dass der Transitverkehr auf Vorkriegsniveau gedrosselt würde. Er stieg aber auch in den Frühlingsmonaten des Jahres 1944 noch immer weiter an. Als die Deutschen damit begannen, die Maschinenanlagen ganzer Fabriken aus Italien nach Deutschland abzutransportieren, machte diese »Ausplünderung Italiens unter Mithilfe der Schweizer Bahnen« die Amerikaner »sehr nervös«. Der amerikanische Handelsattaché in Bern, Daniel Reagan, meinte am 14. September 1944 gegenüber Jean Mussard, dem Generaldirektor der General Motors in Biel, der Mitglied der ›Aktion Nationaler Widerstand‹ – und, nebenbei gesagt, Onkel des jungen Fluchthelfers Alexandre Mussard – war: »Aber man solle die Alliierten nicht zum Narren halten, denn er könne feststellen, dass der Verkehr ja immer noch ungefähr das dreifache des normalen sei. Reagan sagte auch, die Gesandtschaft sei schon längst bei Bundesrat Pilet (...) vorstellig geworden. (...) Seither seien bei der Gesandtschaft drei Telegramme aus Washington eingetroffen, die auf eine Erledigung der Sache drängen. Reagan sei am Ende seiner Mittel, die Sache hinauszuschieben, und *in den nächsten Tagen würden die Alliierten den Verkehr von sich aus unterbinden [unterstrichen im Original]*. Reagan sprach auch mit grosser Bitterkeit darüber, dass 1100 t Chlorgas von Norden nach Süden speditiert worden seien«. An einer Pressekonferenz am 4. August 1944 hatte Dr. Hotz, der Direktor der Handelsabteilung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements, in einem als vertraulich eingestuften Referat zugegeben, dass »einige Transporte von Süden nach Norden an unserer Grenze aufgehalten werden« mussten, »weil diese ganze Fabrikanlagen umfassten. Es war dies offensichtliches ›Ausräumungsgut‹.«

Ende Oktober 1944 schloss die Schweiz zumindest einmal die Simplonstrecke für den deutschen Transitverkehr. Das Vorrücken der Alliierten in Italien und die pausenlose Bombardierung der Brennerlinie und anderer kleinerer Bahnlinien, über welche Deutschland seine Besatzungsarmee in Norditalien versorgte, verliehen der Gotthardverbindung vom Herbst 1944 an eine immer grössere strategische Bedeutung. Es war eine ganz einfache Rech-

nung: Die Kapazität des Brenners für militärische Güter war umso grösser, je mehr »zivile« Güter Deutschland über den Gotthard zu leiten vermochte. Wenn die Schweiz dem Deutschen Reich die Auflage machte, »kein Kriegsgerät über den Gotthard zu senden«, dann wusste sie genau, wie Pilet-Golaz am 8. Juli 1942 gegenüber dem deutschen Gesandten in Bern bemerkte, »[e]s werde der deutschen Regierung nicht schwer fallen, das eigentliche Kriegsgerät, wie Waffen und Geschütze, über den Brenner zu transportieren.« Diplomatischen Berichten zufolge zeigten die alliierten Militärbehörden Ende 1944, wie Walter Spahni in seinem Buch über die Isolation der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg schrieb, »keinerlei Einsehen mehr für die schweizerische Politik« und diskutierten »offenbar die Bombardierung der südlichen Zufahrtswege der Schweiz«.

Der Bombenkrieg gegen das deutsche Eisenbahnnetz kulminierte am 22. Februar 1945 in der Operation »Clarion«. Gemäss einem rückblickenden amerikanischen Rapport vom 12. November 1945 befand sich in jenen Februarwochen die gesamte deutsche Kriegsproduktion von anderthalb Monaten auf Zügen unterwegs. Auch die Schweiz blieb von den Angriffen nicht ganz verschont. An eben diesem 22. Februar, an dem das deutsche Transportsystem lahmgelegt werden sollte, fielen auch Bomben auf Stein a. Rhein, Rafz und Vals/GR, welche 18 Todesopfer forderten. E. Neukom beschrieb in einem Leserbrief an den »Beobachter«, wie eine Bomberformation aus Richtung Schaffhausen »das Rafzfeld überflog« und dann »westwärts der deutschen Seite des Rheins entlang« weiterzog: »Es war ein äusserst schöner, sonniger Tag und das Mittagessen war schon pfeifenfertig. (...) Es war klar ersichtlich, wie diese Bomberformation von der in Eglisau stationierten Flab beschossen wurde. Die Flabgeschosse explodierten jeweils in gewissen Abständen zu den Flugzeugen, durch die Bildung von kleinen Rauchwolken war dies ganz klar und deutlich erkennbar. Als die Formation schon vorüber war, kam noch ein einzelnes Flugzeug, gewissermassen ein Nachzügler. Dieser Bomber wurde nun ganz intensiv und sehr gezielt durch unsere Flab beschossen. Ich erinnere mich noch ganz genau, wie unser Nachbar entrüstet ausrief, »die schiessen den Bomber ja ab«. Im glei-

chen Moment war ein Pfeifen vernehmbar, das Flugzeug hat[te] seine Bombenlast ausgeklinkt, wohl um schneller aus dem Schussfeld zu kommen. Wieviel Bomben auf Rafz abgeworfen wurden, weiss ich nicht mehr genau. Getroffen wurde ein Einfamilienhaus, und eine achtköpfige Familie ist geradezu ausgelöscht worden.« Im Grenzort Stein am Rhein war offenbar der Schiffländeplatz Ziel des Angriffs gewesen. Am 8. September 1944 hatten amerikanische Flugzeuge bereits die Bahnhöfe Delsberg und Moutier mit Bordwaffen beschossen: »Eine Person fand dabei den Tod, elf weitere wurden verletzt, wovon zwei sehr schwer«.

Die Bahnanlagen des an der deutschen Grenze liegenden Thayngen/SH wurden am 25. Dezember 1944 bombardiert. Das »Stellwerk der Bahnanlagen bildet einen einzigen Trümmerhaufen«, meldete die NZZ, »[d]er Zugverkehr Thayngen-Singen[D] ist wegen Geleisebeschädigung unterbrochen.« Ein Bahnarbeiter wurde getötet. »Volltreffer erhielten« nach Informationen der Zeitschrift »Luftschutz« nicht nur »das deutsche Reichsbahntrasse mit dem Stellwerk II«, sondern auch die Ziegelfabrik Thayngen. In der benachbarten Nahrungsmittelfabrik Knorr AG stürzte eine Seitenfront ein.

Am 11. Januar 1945 »verfolgten« laut NZZ-Berichterstattung »mehrere amerikanische Flugzeuge über dem Bahnhof in Como einen in der Richtung Schweiz fahrenden italienischen Güterzug und beschossen ihn bis zum Südeingang in den Monte-Olimpino-Tunnel. Bei der Nordausfahrt aus dem Tunnel und nach der Einfahrt in den internationalen Bahnhof Chiasso, auf Schweizergebiet, wurde die Verfolgung fortgesetzt. Eines der Flugzeuge stiess im Sturzflug auf die Geleiseanlagen hinab und belegte das dort stehende Rollmaterial mit Maschinengewehrfeuer.« Ein Lokomotivführer wurde getötet. »Zu diesem Zeitpunkt«, schrieb die NZZ, »bewegte sich etwa 40 Meter davon entfernt ein Leichenzug, dessen Teilnehmer von einer Panik erfasst wurden und nach allen Richtungen auseinanderstoben.« Die »unbeteiligte« Schweiz: eine Szene am Rande des Krieges.

Am 9. September 1944 hatten die Amerikaner in der Gegend von Rafz einen aus Italien kommenden deutschen Güterzug unter Feuer genommen, der sich direkt an der deutschen Grenze, »teil-

weise auf schweizerischem, teilweise auf deutschem Boden befand«. Der auslaufende Rotwein versickerte und »das Bahnareal war zum Teil noch monatelang rot«, erinnert sich der »Beobachter«-Leser E. Neukom. Die Schweizer Behörden hinderten die Bevölkerung, den Wein abzufüllen. Angebrannter Samtstoff aus einem anderen getroffenen Wagen wurde weggekippt und von den Schweizer Behörden angezündet, um die Suche der Rafzer Frauen nach noch brauchbaren Reststoffen zu beenden. Am selben Tag war auch noch ein zweiter Güterzug bei Weiach ganz im Norden des Kantons Zürich beschossen worden. Zwei Tage später, am 11. September 1944, wurde um 14 Uhr 35 sogar der Schnellzug Zürich-Basel »durch drei amerikanische Jäger mit Bomben kleinen Kalibers und Bordwaffen angegriffen«, als er gerade zwischen Augst und Pratteln unterwegs war. Der Lokomotivführer erlitt »Quetschungen«, einige Passagiere wurden »durch Glassplitter leicht verletzt«. Über die Reaktion der Bevölkerung gingen bei »Heer und Haus« unterschiedliche Meldungen ein. Von einem »grossen Unwillen« sprach W. Balmer aus Melchnau/BE (13.9.1944). »Man macht den Amerikanern wegen der Beschiessung von Schweizerzügen wenig Vorwürfe«, berichtete umgekehrt Hans Locher aus Glattfelden/ZH (14.9.1944), »es heisst, die Jungens aus USA haben eben wenig Geographiekennntnisse, da die Schweiz von oben eben klein sei.« Und W. Moll aus Erstfeld schrieb: »Allgemein vertritt man die Ansicht, dass es sicher nicht in der Absicht der amerikanischen Piloten liegt, uns anzugreifen und alles Bewegliche mit Bordwaffen zu beschiessen« (11.9.1944).

Den Banken hingegen schienen damals keine Bomben zu drohen. Die Bedeutung der schweizerisch-deutschen Zusammenarbeit im monetären Bereich blieb auch der Bevölkerung damals fast gänzlich verborgen. Werner Rings (»Raubgold aus Deutschland«) und Gian Trepp (»Bankgeschäfte mit dem Feind«) haben die kolossale Wichtigkeit des Finanzplatzes Schweiz für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft minutiös nachgewiesen. Der bereits erwähnte deutsche Ministerialdirektor Clodius zitierte in seinem Bericht vom 3. Juni 1943 einen »Vertreter des Reichsbankdirektoriums«,

der erklärte, dass »die Schweiz die einzige Möglichkeit für die Beschaffung von freien Devisen bietet.« Clodius weiter: »Reichs[wirtschafts]minister [Walther] Funk, den ich auch noch persönlich über seine Stellungnahme gefragt habe, hat die Erklärung des Vertreters des Reichsbankdirektoriums in vollem Umfange bestätigt und hinzugefügt, er könne nicht einmal für zwei Monate auf die Möglichkeit verzichten, in der Schweiz Devisentransaktionen – vor allem die Umwandlung von Gold in freie Devisen – durchzuführen.« Bundesrat und Nationalbank hielten trotz allen alliierter Protesten und trotz des ausgesprochenen Raubgut-Charakters der deutschen Goldlieferungen an diesen strategischen Devisenoperationen fest. »Dieser ganzen Polemik, die nun eingesetzt hat über dieses Thema, möchte ich nicht allzugrosse Bedeutung beimessen«, schrieb Ernst Weber, der Präsident der Generaldirektion der Nationalbank am 17. September 1943 dem Experten für monetäre Fragen an der Schweizer Gesandtschaft in den USA, Dr. Pfenninger. Den Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes liess die Generaldirektion der Nationalbank am 9. Oktober 1943 wissen: »Seit Jahren zediert die deutsche Reichsbank der Nationalbank von Zeit zu Zeit Gold in Barren und in Münzen, um sich auf diese Weise Frankenguthaben zu beschaffen, die zu Zahlungen an die Schweiz oder an andere Länder – im besonderen an Portugal, Spanien, Rumänien – verwendet werden. (...) Es ist naheliegend, dass die Goldzessionen der Reichsbank auf alliierter Seite nicht gerne gesehen werden. Schon in den letztjährigen Handelsvertragsverhandlungen mit England wurde der schweizerischen Delegation entgegengehalten, dass die Schweiz Deutschland damit die Beschaffung von Devisen und die Bezahlung von Importen erleichtere. Im Verlaufe des letzten Sommers wurden die neutralen Staaten ferner in englischen Radiosendungen gewarnt, den Deutschen »widerrechtlich angeeignetes Gold« abzunehmen.«

Für den Bundesrat stand die Devisenbeschaffung für das Deutsche Reich im Einklang mit der schweizerischen Politik. Die Nationalbank ging sogar soweit zu behaupten, dass es ihr unmöglich sei, »einem einzelnen Lande gegenüber die Entgegennahme von Gold abzulehnen; eine andere Haltung hätte sich unserer Auffassung nach auch mit den Geboten der Neutralität nicht vereinba-

ren lassen, weil sie einer Diskriminierung des betreffenden Staates gleichgekommen wäre.« Was war das für eine »Neutralität«, die sich von staatlicher Hehlerei nicht mehr unterscheiden wollte?

In einer gemeinsamen Erklärung hatten sich die Alliierten schon am 5. Januar 1943 das Recht vorbehalten, Transaktionen mit geraubtem Gut rückgängig zu machen. In einer »Gold Declaration« legten sie am 22. Februar 1944 schliesslich fest, dass in Zahlung genommenes deutsches »Raubgold« nach dem Krieg den rechtmässigen Eigentümern zurückerstattet werden müsse. Diese Haltung wurde an der Internationalen Währungskonferenz in Bretton-Woods vom 1.-22. Juli 1944 in der Resolution VI bekräftigt. Tatsächlich musste die Schweiz im Rahmen des Washingtoner Abkommens von 1946 den Alliierten als Sühne 250 Millionen Franken bezahlen, die in den Wiederaufbaufonds flossen – die Schweiz hatte dem Deutschen Reich gegen 240 Tonnen Gold Devisen im Wert von rund 1,2 Milliarden Franken verschafft.

Die Alliierten betrachteten die Politik der Schweizer Banken noch aus einem weiteren Grund für feindlich. Je deutlicher sich der Untergang des Nazi-Reiches abzeichnete, um so dringlicher wurde es, die deutschen Tarnoperationen zur Verschiebung von Fluchtgeldern in neutrale Staaten aufzudecken. Den alliierten Versuchen, im Rahmen des sogenannten »Safehaven«-Programms die Nationalsozialisten daran zu hindern, sich ausserhalb Deutschlands im Untergrund neu aufzubauen, versagte die Schweiz zunächst jegliche Hilfe. Der »Soldatensender Calais« meldete am 18. Juni 1944 um 23 Uhr, gemäss dem »Heer und Haus«-Korrespondenten Wilhelm Hulliger aus Basel, es habe »in Bern eine Zusammenkunft schweizerischer Bankiers stattgefunden. Diese hätten ihrer Beunruhigung über die zur Zeit grossen deutschen Geldverschiebungen nach der Schweiz Ausdruck gegeben. Hohe Geldwerte würden durch massgebende deutsche Parteiführer den Schweizer Banken zur Aufbewahrung übergeben. Es soll sich dabei nicht um Notgroschen handeln, die schon in früherer Zeit durch Parteiführer nach der Schweiz in Sicherheit gebracht worden seien. Es soll sich bei den heutigen Geldwerten um eine zukünftige Finanzierung des deutschen Nationalsozialismus in der Illegalität handeln. Dies angesichts der baldigen Niederlage Deutschlands und

des Nationalsozialismus in Deutschland.« Am 22. November 1944, 07 Uhr 04, meldete der »Soldatensender West« laut einem schweizerischen Abhörbericht »die Entdeckung eines Wertsachen-Schmuggels, der in Form von Pillenröhrchen, worin Edelsteine versteckt waren, durch den Gebietsarzt der Hitler-Jugend in Nürnberg, Dr. Engelstätter, an das deutsche Kriegerkurhaus in Davos erfolgte.« Eine weitere Meldung des Senders vom 24. November 1944 betraf eine Transaktion mit gefälschten Rechnungen, »bei der fast 1 Million Schweizer Franken aus Deutschland ins neutrale Ausland abgeschoben wurden« und in welche angeblich die Lagerhaus AG Glarus verwickelt war. Am 2. Dezember 1944 verbreitete »United Press« eine Meldung des Moskauer Rundfunks, wonach »führende Mitglieder der nationalsozialistischen Partei mit Hilfe von schweizerischen Firmen und sogar mittels schweizerischer diplomatischer Post weiter Vermögenswerte nach dem Ausland verschieben. Göring soll durch die Berliner Filiale der Dresdner Bank und die Genfer Filiale des Schweizerischen Bankvereins mehr als zwanzig Millionen Dollars nach Argentinien transferiert haben.«

Der Schweiz fiel der Umgang mit alliierter Kritik unendlich schwer. Jahrelang hatte sich das Land vorgesagt, dass seine Haltung die einzig richtige sei. Damals, im Januar 1945, als nach den Briten und den Sowjets auch die Amerikaner öffentlich mit dem Finger auf die Schweiz zeigten, kam mancherorts eine der wohl unangenehmsten schweizerischen Eigenschaften – trotzige Rechtshaberei auch auf verlorenstem Posten – deutlicher als je zum Vorschein. Nicht zufällig bezeichnete der »Boston Herald« am 6. Januar 1945 die Schweiz als das »widerspenstigste« aller nichtkriegführenden Länder. Manche begannen sich als Opfer der Alliierten zu sehen. R. Schlotterbeck berichtete »Heer und Haus« am 16. Januar 1945 aus Zürich: »Die amerikanische Pressekampagne hat auch im Volk eine einmütige Ablehnung erfahren, wobei sich eher etwas deutschfreundliche Elemente sofort die Stimmung zunutze machen.« Ein Oberleutnant Hegner aus St. Gallen meinte am 22. Januar 1945 in schon fast unverfrorener nationaler

Selbstbezogenheit: »In bezug auf die Stimmung musste ich feststellen, dass wohl Leute, die die nötige Einsicht haben, weil sie an wirtschaftlich leitender Stellung stehen, unsere Lage richtig beurteilen. In diesen Kreisen war man sehr bedrückt ob der unfreundlichen Haltung der Alliierten, und die Deutschen haben beinahe wieder Sympathien gewonnen, weil, als die unsere Grenzen umgaben, die Lage doch unvergleichlich besser war. In der breiten Masse des Volkes dagegen scheint man sich über diesen Problemen den Kopf nicht zu zerbrechen.« Nicht viel einsichtiger zeigte sich L. Guldemann aus Lengnau, der am 24. Januar 1945 betonte: »Die Absage der Russen und die Hetze der Amerikaner haben sich im grossen gut ausgewirkt. Der allgemeine Russenfimmel ist verschwunden. Auch die Bauern sind sich jetzt klar geworden, dass wir auch von den Amerikanern nicht nur Gutes zu erhoffen haben.«

Da und dort machte sich auch Furcht breit und die Leute schritten zu Panikkäufen. Aus Einsiedeln schrieb Jos. Bissig am 4. Februar 1945: »Was mich auch etwas ärgerte, war in der Zeit, als in den Zeitungen über das Wirtschaftsproblem Schweiz-USA von einer Blockade geschrieben wurde. Da hat es Leute gegeben, die Sardinien und nicht rationierte Sachen einkauff[t]en für mehr als 100 Fr., von denen ich selber weiss, dass, wenn sie nur Fische riechen, ihnen schon übel wird.« Dabei verlangten die Amerikaner keineswegs Unmögliches. Die vielbeachtete amerikanische Zeitung »Christian Science Monitor« schrieb am 6. Januar 1945, einem Bericht der NZZ zufolge, »die Schweiz werde sich vielleicht wirtschaftlichen Schwierigkeiten aussetzen, wenn sie ihren Handel mit Deutschland einstelle, doch würden die ausgehungerten Völker Europas, die so viel zum Sieg beigetragen haben, nicht besonders stark beeindruckt sein durch das geringe Opfer, das die Schweizer bringen müssten, um der deutschen Kriegsmaschine keine weitere Unterstützung zu gewähren. Auch dürfte es schwierig sein, einen Kriegführenden davon zu überzeugen, dass die Nutzniesser – neutrale und freiheitsliebende Länder –, denen der alliierte Sieg zugute komme, nicht einen Teil der Opfer auf sich nehmen müssten.«

Viele Schweizerinnen und Schweizer aber begannen damals

doch zu begreifen, dass kein Rauch ohne Feuer war und in ihrem Land einiges im Argen lag. Ein Leutnant Bucher schrieb am 26. Januar 1945 aus Bern: »Auf die amerikanischen und russischen Vorwürfe haben grosse Teile der Bevölkerung in zustimmender Weise reagiert. Man hat etwas mehr Verständnis gezeigt für die ausländischen Argumente als für die schweizerischen.« Vom Zollikerberg bei Zürich berichtete am 5. Februar 1945 W. Matthys: »Die Anschuldigungen Amerikas betreffend Nazi-Fluchtkapital werden mit Missbehagen registriert. Das Volk wünscht auch hier endlich einmal eindeutige Aufklärung von Seiten der Banken. Jedenfalls ist man der Auffassung, dass die Vorwürfe Amerikas nicht ganz aus der Luft gegriffen sind, und das Volk wünscht hier Ordnung, bevor noch grössere üble Folgen daraus entstehen könnten. Schliesslich haben wir absolut kein Interesse, die Kapitalien dieser Naziklüngel bei uns in Sicherheit zu halten, damit mit diesem Gelde wieder neues Elend heraufbeschworen wird.«

August R. Lindt, der Dienstchef des Aufklärungsdienstes von »Heer und Haus«, registrierte am 30. Januar 1945 ebenfalls deutlich, dass »unser Volk sich gegenwärtig stark mit der Frage beschäftigt: Stimmt es, dass grosse nationalsozialistische Fluchtkapitalien in der Schweiz Unterschlupf gefunden haben oder mit Hilfe schweizerischer Banken nach Argentinien verschoben worden sind? (...) Diese Fragen gehen wohl in den meisten Fällen auf Sendungen des Atlantiksenders zurück, der in der Schweiz gerade wegen seines geheimnisvollen Charakters häufig abgehört wird ...«

Die offizielle Schweiz jedoch blieb mit starren Blick auf die Windmühlen ihrer Politik fixiert. Als am 13. Februar 1945 die alliierte Zugblockade gegen die Schweiz aufgehoben wurde und eine gemischte anglo-amerikanisch-französische Delegation unter der Führung von Roosevelts Sonderbeauftragtem Laughlin Currie mit dem ersten Zug aus Paris nach Bern kam, leistete die Schweizer Diplomatie in den Fragen des Gotthard-Transits und des »Safehaven«-Programms lange erbitterten Widerstand. Die Verhandlungen dauerten bis zum 8. März 1945. Der Bundesrat gab nur zögernd nach – »with our exerting the strongest pressure against strong resistance«, wie Currie nach Washington kabelte. Am 16.



Februar 1945 hatte die Landesregierung »im Sinne einer vorsorglichen Verfügung« beschlossen, alle deutschen Guthaben zu blockieren. Schliesslich willigte sie ein, sowohl den Warenexport und die Stromausfuhr nach Deutschland wie auch den deutschen Transitverkehr durch die Schweiz drastisch zu reduzieren. Den Alliierten wurde ferner zugesichert, es werde eine offizielle Aufstellung aller deutschen Guthaben in der Schweiz vorgenommen.

Im Gegenzug hoben die Alliierten ihre Liefersperre auf. Bei der Erfüllung ihrer Versprechen liess es die Schweiz aber bis zum Schluss am nötigen Tempo und an der tieferen Einsicht fehlen. Am 29. März 1945 nahm die Nationalbank, wie Gian Trepp nachgewiesen hat, noch einmal 3 Tonnen Reichsbankgold an. Auch in der Frage der Nazi-Fluchtgelder hatten sich die Alliierten über die Schweizer Aufklärungsarbeit zu optimistische Vorstellungen gemacht. »Kapitulieren« sollte die Schweiz nach den Worten des damaligen amerikanischen Unterstaatssekretärs und späteren US-Aussenministers Dean Acheson erst im April 1945, »only a month before General Jodl did.«

## DOPPELT VERSCHONT

Von nationaler Schande wurde offiziellerseits nie gesprochen. Die unbeirrten Verfechter der »integralen Neutralität« im Geiste eines Motta oder Pilet-Golaz sahen den Sündenfall der Schweiz weniger darin, dem Deutschen Reich Waffen und Devisen geliefert zu haben, als auf Druck der Alliierten damit aufgehört zu haben. Der Begriff der Neutralität schien wie ein Schwamm alle eigenen Zweifel aufzusaugen.

Der Völkerbund hatte zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die völkerrechtliche Pflicht zu wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen Staaten festgeschrieben, die Kriege entfesselten und andere Völker unterwarfen. Als sich die Schweiz aus Angst vor Deutschland von diesem Vertragswerk verabschiedete, fand sie sich in einem Vakuum wieder. Um die Augen vor der Kriegswirklichkeit besser verschliessen zu können, begann sie den

entleerten Begriff der Neutralität durch einen mentalen Rückzug in die Ära der Jahrhundertwende mit jenen anachronistischen Prinzipien zu füllen, die am 18. Oktober 1907 an der Zweiten internationalen Friedenskonferenz in Den Haag verkündet worden waren. Was der Schweiz beim »Haager Abkommen betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkriegs« so gelegen kam, war, dass es von einem Typus des »Landkriegs« ausging, der neben der Front noch ein friedliches Hinterland und unbeteiligte Neutrale kannte. Das Abkommen war in einer Welt entstanden, die weder die verheerenden Wirkungen der Bomberflugzeuge noch jene der Panzerarmeen und U-Boote kannte und auch das zukünftige Gewicht der wirtschaftlichen Kriegsführung nicht ahnte. In diese »unschuldige« Epoche flüchtete sich die Schweiz zurück, obwohl der Erste Weltkrieg mit seinen Materialschlachten sie gänzlich unter sich begraben hatte und der totale Luftkrieg, so wie er zum ersten Mal durch Japan in der Mandschurei, durch Italien in Abessinien und durch Deutschland im spanischen Bürgerkrieg vorexerziert worden war, jeden Gedanken an eine wirtschaftliche »Neutralität« hinfällig machte. Der Legitimationsgewinn war zwar künstlich, und in den Augen der Alliierten wog er wenig, aber die Schweiz rückte fortan nicht mehr von diesem vor-modernen Standpunkt ab: Nach dem verjährten Artikel 7 des Haager Abkommens, das von Kaisern und Königen unterschrieben worden war, die zum Teil längst entmachtet waren, sollte die Lieferung von Waffen an Aggressoren kein Bruch der »Neutralität« sein: »Eine neutrale Macht ist nicht verpflichtet, die für Rechnung des einen oder des anderen Kriegführenden erfolgende Ausfuhr oder Durchfuhr von Waffen, Munition und überhaupt von allem, was für ein Heer oder eine Flotte nützlich sein kann, zu verhindern.« Lediglich die Abgabe von Kriegsmaterial von Staat zu Staat im Sinne einer Überlassung war gemäss Artikel 6 des Haager Seekriegs-Abkommens gleichen Datums »untersagt«.

Die Schweiz, die mit den Anforderungen der gespenstischen Gegenwart nicht mehr zurechtkam, hatte kurzerhand das Rad der Geschichte zurückgedreht, ganz so, als seien die Vorstellungen vom Völkerrecht seit 1907 in keiner Weise mehr weiterentwickelt

worden und als hätte es einen Völkerbund nie gegeben. Im Zusammenhang mit den Waffenexporten und den Warnungen des ›Atlantiksenders‹ konnte der Aufklärungsdienst von ›Heer und Haus‹ (i.A. Pozzi) dann etwa wie am 29. Oktober 1943 gegenüber dem Korrespondenten Otto Büchi jun. aus Möhlin/AG ganz offenerherzig und von jeder schamhaften Anwendung frei behaupten: »Es ist (...) richtig, dass die Schweiz Waffen und Waffenbestandteile nach Deutschland liefert. Dies verstösst aber in keiner Weise gegen die Neutralität, da das Haager Abkommen Waffenlieferungen an das kriegsführende Ausland dem neutralen Staat ausdrücklich erlaubt. Ausgeschlossen sind einzig Waffenlieferungen durch staatliche Waffenfabriken.«

Die Gefühle der Konsternation und der Scham, wo es sie gab, fanden nur ansatzweise Ausdruck in einem neuen politischen Diskurs. Mit zu den wenigen Ausnahmen unter den Intellektuellen jener Zeit gehörte der Historiker Herbert Lüthy, der am 11. November 1944 in seiner wöchentlichen Kolumne im ›St. Galler Tagblatt‹ schrieb: »Die Schweizer glaubten in diesen Jahren die Hand Gottes so sichtbarlich über ihr Land gebreitet zu sehen, dass sie in ungetrübtester Selbstzufriedenheit sich als auserwählt zu betrachten begannen (...). Wir haben uns schlecht und recht durchgewurstelt, und die Kosten dieses Daseins extra humanitatem blieben dank der hochgeheimen Vertraulichkeit, in der unsere Aussenpolitik vor sich ging, unbekannt, so dass unser verblüffendes Sonderschicksal als unzweideutiges Verdienst erscheinen musste; es gab eine schweizerische Innenpolitik, und es gab eine Weltpolitik, aber zwischen beiden gab es im schweizerischen Bewusstsein keine Verbindung. Es ist schwer möglich, dass der Kontakt ohne heftigen Schock wieder hergestellt wird. (...) Es ist kein Anlass zu schlecht, sich von Illusionen über die eigene moralische Stellung zu befreien.«

»Neutralität« galt auch in manchen Teilen der Bevölkerung nicht mehr als selbstverständliche Verkörperung der politischen Moral. Oberleutnant Bolli aus Wädenswil schrieb der Sektion ›Heer und Haus‹ am 9. Januar 1945: »In letzter Zeit hört man an Stammtischen häufiger als je Diskussionen über die schweizerische Neutralität. Einzelne Stimmen werden laut, dass man ange-

sichts der Greuelthaten von Deutschen, ausgeübt an Menschen in besetzten Ländern, gewissermassen in einer geschichtlichen Stunde die Pflicht habe, von Deutschland abzurücken. Weitere Stimmen unterstreichen die Ansicht mit dem Hinweis auf amerikanische Presseangriffe unserm Volke gegenüber. Man werde noch unter Stühle und Bänke oder wenigstens zwischen Stühle und Bänke fallen mit der integralen Neutralität.« Nur »Männer, die die Nerven nicht verlieren«, fuhr Oblt. Bolli in seinem Bericht fort, »winken energisch und ruhig ab: An der Neutralität rütteln wir nicht!«

Allmählich hörte die »Neutralität« auf, ein Glaubensartikel zu sein. »In der Presse wie auch im Volke scheint mir oft eine Unklarheit über die grundsätzliche Bedeutung unserer Neutralität zu herrschen«, meinte Adolphe Vaudaux, ein Korporal der Fliegertruppen aus Binningen/BL, schon am 8. August 1943: »Begriffe wie Neutralität, Würde und Unabhängigkeit werden vielfach auf die gleiche Ebene gestellt, obwohl zwischen ihnen ein grosser Unterschied im Sinne besteht. Oberstes Ziel unseres Staates ist doch nicht die Neutralität, sondern allein die Unabhängigkeit. (...) In einer kürzlichen Diskussion hierüber erklärte mir ein Freund, dass im Grunde genommen die Neutralität eine Lähmung des nationalen Widerstandes bedeuten könnte, wenn sie als reiner Staatszweck aufgefasst würde, da sie sich in dem Fall auch auf die Gesinnung auswirke.« Dazu zitierte Vaudaux aus dem Kommentar der Schweizerischen Bundesverfassung von Prof. W. Burckhard: »1847 hatte die Tagsatzungskommission die Erhaltung der Neutralität als Bundeszweck gestrichen, und die Tagsatzung lehnte einen Antrag auf Wiederherstellung der früheren Fassung ab mit der zutreffenden Begründung, die Neutralität sei bloss Mittel zum Zweck, nämlich zur Erhaltung der Unabhängigkeit der Schweiz; ein konstitutioneller Grundsatz sei sie aber nicht.« Kritik regte sich allerorten. Aus Erlenbach/ZH berichtete August Jud am 14. Januar 1945: »Besonders über die Geheimnistuerei der politischen Aussenführer ist das Volk nicht erbaut, trotz der schönen Reden, welche zu deren Rechtfertigung gehalten werden.« Ein anderer ›Heer und Haus‹-Korrespondent, E. Diezi aus Salenstein/TG, fasste die Stimmung so zusammen: »Anlässlich der amerikanischen Pressekampagne gegen die Schweiz konnte konstatiert

werden, dass auch in unserem Volke hie und da Zweifel bestehen, ob unsere Neutralität nicht von uns selbst in Frage gestellt worden sei.«

Oft blieb es aber nur bei erschrecktem Erstaunen über das Ausmass der eigenen Ahnungslosigkeit. Am 30. Dezember 1944 schrieb die NZZ in einem Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr über die Greuel der deutschen Besatzungstruppen im nunmehr befreiten Frankreich: »Augenzeugenberichte, Beobachtungen an der Grenze, Schilderungen von Reportern, die ein Stück weit ins Nachbarland gefahren waren, liessen Vorkommnisse als Tatsachen erkennen, an deren Richtigkeit zu glauben man sich vorher gesträubt hatte. Die nämliche Bestätigung erfuhren die grauenerregenden Handlungen aus der östlichen Ferne, die in Verbindung standen mit der vom Nationalsozialismus offen verkündeten Absicht, bestimmte Bevölkerungsteile auszurotten. Unsagbares, das in der schweizerischen Öffentlichkeit unausgesprochen bleiben musste, solange noch eine leise Möglichkeit blosser Legendenbildung bestand, erwies sich nunmehr als quellensichere Wirklichkeit. Vermehrtes Durchsickern der Wahrheit wurde zu einem der realsten, aber auch bedrückendsten Erleben des an Wandlungen so reichen Kriegsjahres 1944 ...«

Leute, die in ihren Gedanken weitergingen, wie beispielsweise Oberrichter Dr. Max Wolff, der damalige Präsident der Kirchensynode, der in einer Rede vom 15. November 1944 die »integrale Neutralität« der Schweiz als einen »Verrat« an der »Forderung einer (...) Rechts- und Friedensordnung zwischen den Völkern« bezeichnet hatte, als einen Verrat, der sich »als den Gipfel staatsmännischer Weisheit pries«, hatten einen schweren Stand. Es kostete den Zürcher Synodenpräsidenten Wolff viel Mut, sich trotz Attacken nicht von seiner Meinung abbringen zu lassen, »dass man sich scheinheilig auf diesen Grundsatz [der Neutralität] berief, um sich den übernationalen Forderungen des christlichen Gewissens zu entziehen.« Die »integrale Neutralität«, so Wolff, sei »nach dem Willen unserer offiziellen Kreise dazu benützt« worden, »unsere Passivität gegenüber den immer mehr um sich greifenden Gewalttendenzen zu beschönigen.« Die »Preisgabe der Völkerbundsidee« bedauerte er zutiefst.

Zweifellos wäre das öffentliche Nachdenken über die schweizerische Ausformung des Ungeistes jener Jahre rascher vorangekommen, wenn sich die Alliierten entschlossen hätten, härter gegen die Schweiz vorzugehen. Die offizielle Schweiz, die, wie etwa Bundesrat Walther Stampfli, die alliierten »Zumutungen« in eine Linie stellte wie »jene, die wir damals von anderer Seite erfahren mussten«, hatte aber grosse Mühe, die alliierte Schonung als solche überhaupt zu erkennen. Sie wurde meistens und fälschlicherweise gleich als Rechtfertigung für das eigene Tun ausgelegt. In jenen Teilen der Bevölkerung hingegen, wo die Identifikation mit der bundesrätlichen Politik gegen Deutschland schwerfiel, gab die alliierte Zurückhaltung Rätsel auf. Warum scheuten die Briten und die Amerikaner vor durchgreifenden Massnahmen gegen die Schweiz zurück? Nicht wenige glaubten damals, wie die Bombardierungsgerüchte belegen, die Alliierten würden sich die schweizerische Intransigenz nicht gefallen lassen und dem Land in Form direkter militärischer Sanktionen eine Lektion erteilen.

Doch die Alliierten zeigten eine für manche fast unerklärliche Geduld mit der Schweiz. Nur gerade die Sowjets, die wegen ihrem eindrücklichen und opfervollen Abwehrkampf gegen die Deutschen trotz Stalins Säuberungs- und Terrorpolitik auch in der Schweiz auf viel Bewunderung stiessen, schienen, einem radikalen »Prawda«-Artikel vom 21./22. November 1944 zufolge, die Auffassung zu vertreten, dass Staaten wie die Schweiz »in der durch den Befreiungskrieg geschaffenen Situation nicht geduldet werden« würden. So waren denn auch in der Schweiz Leute zu hören, die der verbotenen KPS gar nicht einmal nahezustehen brauchten, welche meinten: »Ich wollte, dass die Russen in der Schweiz einmarschieren würden, au, das gäbe Demissionen in Bern.«

Bekanntlich hatte damals der »Kalte Krieg« auf Geheimdienstebene schon längst begonnen, oder andersrum gesagt gar nie richtig aufgehört. In der amerikanischen Administration erhielt der rein interne Konflikt zwischen den mit wirtschaftlicher Kriegsführung betrauten Regierungsstellen, welche strenge Sanktionen gegen die Schweiz forderten, und den politischen Strategen im Aussenministerium und im OSS, welche die Schweiz als vorgeschobenen Horchposten benützten und mit ihr soweit ganz zu-

frieden waren, gegen Kriegsende hin ganz allmählich eine neue Färbung. Die Wochenzeitschrift ›Newsweek‹ setzte am 17. Januar 1945 maliziös das Gerücht in Umlauf, die Kampagne gegen die Schweiz sei von jenen Kreisen in der amerikanischen Regierung ausgelöst worden, welche sich zum Ziel setzten, »die politische Linie der USA jener Russlands« anzugleichen.

Allen Welsh Dulles, der spätere Chef des CIA (1953-61), war im November 1942 im Auftrag Roosevelts für das Office of Strategic Services (OSS), wie sich der amerikanische Geheimdienst damals noch nannte, in die Schweiz gekommen. Die Bedeutung der Schweiz als Spionagedrehscheibe während des Zweiten Weltkriegs war womöglich der wichtigste Grund für die verhältnismässige Milde der Alliierten gegenüber der Schweiz. Allen Dulles stand in enger Verbindung zu Max Waibel, der zu einem Kreis ›moderner‹, eindeutig pro-alliiertes Schweizer Geheimdienstleute gehörte und mit dem alten Nachrichtendienst-Apparat um Oberst Roger Masson, der sich den Deutschen gegenüber viel zu redselig verhielt, möglichst wenig zu tun haben wollte. Nahen Kontakt pflegte Dulles auch mit dem bekannten antifaschistischen Nationalrat und SP-Parteipräsidenten Hans Oprecht sowie mit Emil und Emy Oprecht, die an der Zürcher Rämistrasse den Europa-Verlag leiteten und eine Buchhandlung führten. Deren Wohnung am Hirschengraben durfte er manchmal zur Begegnung mit Personen nutzen, welche er »nicht in der Öffentlichkeit treffen« wollte, wie mir Dr. Heinrich Rumpel, der langjährige engste Mitarbeiter der Oprechts, in einem Gespräch erzählte.

Zwei hochwichtige Nachrichtenlinien führten damals aus Deutschland über die Schweiz zu den Alliierten: Die eine reichte von hohen deutschen Offizieren, welche aus logistischen Daten entscheidende Schlüsse über die Aufstellung und Einsatzpläne des deutschen Heeres zogen, zu Rudolf Roessler, alias Lucie, der 1934 in die Schweiz emigriert war. Die andere ging von Dr. Erwin Respondek, einem ehemaligen Ministerialbeamten und Professor in Berlin aus direkt zu Sam Woods, dem amerikanischen Generalkonsul in Zürich.

Auf britischer Seite war Elizabeth Wiskemann die wohl rührigste Agentin. Offiziell trat sie als Presseattachée an der britischen

Gesandtschaft in Bern auf. Ihr Vater war Deutscher gewesen. Als brillante Historikerin und Journalistin hatte sie die Aufmerksamkeit des britischen Geheimdienstestabliments auf sich gezogen. Sie war nicht nur mit Emy Oprecht und dem Schriftsteller Ignazio Silone, sondern auch mit Jean Rodolphe und Elsie von Salis befreundet. Ihr Bekanntenkreis reichte von der Redaktionsetage der NZZ bis in die Theaterwelt der Pfauenbühne. Bei ihrer Zürcher Freundin Erika Düby traf sie sich mit Therese Giehse. Elizabeth Wiskemann hatte helle blaue Augen, erzählt mir Erika Düby: »Das Gesicht war sehr hager, sie sah sehr intellektuell aus.« Elsie von Salis schildert sie als »eher etwas kühle, aber nette Frau mit Humor«. Dass Elizabeth Wiskemann nachrichtendienstlich tätig war, ahnten sie: »Man hat ihr kein Material geben können, weil man keines hatte. Sie konnte einem welches geben, so war es«, erinnert sich Elsie von Salis. Getroffen hatten sie sich jeweils bei gesellschaftlichen Anlässen in Bern, in Zürich, bei Freunden. Von Elizabeth Wiskemanns Büchern ist ihr persönlicher Bericht »Erlebtes Europa« auch ins Deutsche übersetzt worden.

John Lomax, der britische Handelsattaché, betrieb einen hochgeheimen Schmuggel mit Mikropräzisionsteilen der schweizerischen Uhrenindustrie, die bis zum Kriegseintritt der USA für die britische Rüstungsindustrie unentbehrlich waren. Auf diplomatischem Wege und – bis zum 19. Juni 1942 – in unkontrollierten zollfreien Paketen bis zu zwei Kilogramm gelangten Minibauteile winzigster Abmessung wie Lagersteine oder Mikrokugellager, Stahlspiralen, Mikroschrauben und -mutter sowie hochgenaue Feinmessgeräte wie Mikrometer, Härteprüfgeräte oder ganze Stoppuhrwerke über Spanien und Portugal nach England. Manche dieser Teilchen waren kleiner als Nadelknöpfe und kaum sandkorngross. Lomax fand aber an seiner »Rolle als Erzschmuggler keinen Gefallen«, wie er in seiner Autobiographie schrieb. Es ärgerte ihn, dass er für Grossbritannien auf abenteuerlichem Weg heimlich beschaffen musste, was Deutschland hochhoffiziell geliefert bekam. Seit seinem ersten Auftreten in der Berner Gesellschaft der Schweizer Politiker und der Diplomaten, wo sein deutliches Urteil über die schweizerisch-deutsche Zusammenarbeit für »peinliches Schweigen« und ein »baldiges Ende der Party« gesorgt hatte,

war seine »soziale Position in der Schweiz strikt diejenige eines ›Ausgestossenen‹ oder eines ›diplomatischen Delinquenten‹. Sein Chef David Kelly, der von 1940-1942 britischer Gesandter in Bern war, zog es vor, es mit den Schweizern nicht zu verderben und äusserte die Ansicht, es sei »wenig geschmackvoll, bei sozialen Zusammenkünften kontroverse Materie zu berühren«. Kelly wurde ein freundschaftliches Verhältnis mit Pilet-Golaz nachgesagt. Rückendeckung erhielt Lomax nur vom Ministry of Economic Warfare. Das mächtige Foreign Office und die offizielle britische Diplomatie hatten seit 1940 sowohl gegenüber dem Luftministerium und dem ihm unterstellten Bomber Command wie auch gegenüber dem Ministerium für wirtschaftliche Kriegsführung (MEW) konsequent die Linie vertreten, die Schweiz »aus politischen Gründen« nicht vor den Kopf zu stossen.

F. K. Roberts, der im Britischen Aussenministerium (FO) einer der Sekretäre war, die sich mit der Schweiz befassten, schrieb J. M. Troutbeck, einem Departementschef im MEW, am 25. Dezember 1940: »Wir verstehen vollkommen, dass es wünschbar ist zu verhindern, dass Schweizer Waffen nach Deutschland gehen, aber wir müssen diese Frage im Licht unserer allgemeinen Politik betrachten. Über den Wunsch, diesen letzten verbleibenden Aussenposten der Demokratie in Zentraleuropa zu erhalten, brauche ich keine Worte zu verlieren. (...) Die wirkliche Frage ist gewiss die, (...) ob wir von unserer eingeschlagenen Politik abweichen und Massnahmen wie etwa die Verschärfung der Blockade ergreifen sollen, aufgrund derer wir damit rechnen müssten, die Schweiz in die Arme der Achse zu treiben, mit all den Konsequenzen, die dies haben würde.«

»Politische Konsequenzen« oder gar einen Anschluss der Schweiz an Deutschland wollten die Alliierten auf alle Fälle vermeiden. Im britischen Aussenminister Anthony Eden (1940-1945) hatte die Schweiz einen über alle Massen verständnisvollen Advokaten. Sir John Lomax zufolge war Churchill selbst dagegen, den Druck auf die Schweiz über einen bestimmten Punkt hinaus zu erhöhen. Im Zusammenhang mit den Schweizer Protesten gegen die wetter- und taktisch bedingten Flüge der britischen Bomber über die Schweiz betonte Vice-Marshal Norman Bottomly vom

Luftministerium in einem als geheim eingestuften Brief vom 8. Oktober 1941 an das Bomber Command: »Sie werden zu würdigen wissen, dass die Beibehaltung diplomatischer Beziehungen mit der Schweiz viele Vorteile hat. Erwähnt werden muss unter anderem ihr Wert als Geheimdienstzentrum und als Quelle für gewisse Materialien, die für die Herstellung von Waffen und Flugzeugen wesentlich sind und unser Land noch immer auf verschiedenen Wegen erreichen. Darüber hinaus ist die Erhaltung der Unabhängigkeit und Neutralität der letzten verbleibenden freien Demokratie in Europa und ihrer Sympathie für unsere Sache von beträchtlicher politischer Bedeutung.«

Zu den anderen »politischen Gründen«, die den Hardlinern im MEW immer wieder als Argumente für eine nachsichtige Behandlung der Schweiz vorgehalten wurden, zählten Lomax zufolge die schweizerischen Vermittlungsbemühungen beim Austausch von Kriegsgefangenen, die Schweizer Schutzmandate sowie die Aktivitäten des Internationalen Roten Kreuzes. Diese sogenannten »guten Dienste« wurden auch in der amerikanischen und britischen Presse immer wieder angeführt: mal um die Schweiz vor angeblich zu harten Angriffen in Schutz zu nehmen, mal um die Schweizerinnen und Schweizer auf die Widersprüchlichkeit ihrer Haltung hinzuweisen, wie es etwa die ›Times‹ tat, die am 12. Februar 1945 in einem Leitartikel laut dem Londoner NZZ-Berichterstatter an die Schweiz appellierte, sie »möge angesichts der veränderten Lage nicht länger Deutschland den Krieg verlängern helfen, während ihre Bevölkerung durch die Vermittlung des Roten Kreuzes so viel getan habe, um die weltweiten Leiden zu mildern«.

Der britische Flight Engineer Potter, der während des Krieges über Turin abgeschossen wurde und zuerst Kriegsgefangener in Italien und dann in Deutschland war, bat mich im Laufe eines Interviews in London zu erwähnen, wie dankbar sie in den Kriegsgefangenenlagern für die IKRK-Leistungen – Briefpost, Bettwäsche etc. – waren. Viel Aufmerksamkeit erregte, um nur ein Beispiel zu nennen, die durch Schweizer Bemühungen erreichte gleichzeitige Freilassung amerikanischer und japanischer Kriegsgefangener. Als Mitte Dezember 1943 der Dampfer ›Gripsholm‹ mit 1500 Amerikanern aus japanischen Lagern in New York eintraf, sprach

der amerikanische Senator Lister Hill der schweizerischen Regierung und dem IKRK seine »Anerkennung« aus für die »eindrucksvolle Liste« ihrer »guten Dienste«.

Zu denselben zählte auch die Schutzmachtätigkeit der Schweiz. Diese bestand darin, zwischen Staaten, die ihre diplomatischen Beziehungen abgebrochen oder sich den Krieg erklärt hatten, als Verbindungsglied zu wirken und ein Minimum von Kommunikation zu sichern. Die Schweiz übte im Zweiten Weltkrieg dieses Mandat für zeitweise 35 Staaten aus. Darunter fiel nicht nur der ganze diplomatische, sondern auch der ganze konsularische Tätigkeitsbereich. Unter dem Titel »Advokaten des Feindes« widmete Werner Rings 1966 den »guten Diensten« der Schweiz eine vierteilige Fernsehserie und ein Buch.

Der Neigung, Gutes und Schlechtes gegeneinander aufrechnen zu wollen, erlag die Schweiz aber leider des öfteren. Der schon erwähnte Historiker Herbert Lüthy urteilte am 11. November 1944: »Wir erwarten den Dank für die Caritas, die wir übten, und werden tödlich erschrecken, wenn wir vielerorts statt dessen Undank finden, der bis zu Hass gehen kann. Die Schweiz hat viel getan, gewiss, aber allzuoft tat sie es kalten Herzens, ohne Güte, als notwendig empfundene Rechtfertigung unseres Ausnahmeschicksals, als Rolle, die zu spielen wir verpflichtet waren, und allzuoft sah diese Caritas einer Reklameabteilung des Grossunternehmens Schweiz ähnlich, das die dabei ausgelegten Spesen mit Zins und Zinseszins wieder einzubringen hofft. Allzuoft wurde jeder eingekassierte Dank mit breiter Publizität registriert, allzusehr im schlechten Stil einer Haarwuchsmittelreklame die Metamorphose ausgehungertes griechischer Kindergerippe vor und nach Verabreichung schweizerischer Trockenmilch im Bilde gezeigt (...). Und darum steht der menschliche Ertrag der schweizerischen Caritas in keinem Verhältnis zu ihrer organisatorischen Leistung, denn Organisation kann nicht Verständnis und echte Solidarität ersetzen.«

Als »Heer und Haus« im Frühling 1944 einen der sogenannten »Wehrbriefe« der »Schweizerischen Neutralität« widmete und sich dabei auch die Frage »Ist unsere Neutralität moralisch?« stellte, lautete eine der Antworten, »dass erst die Neutralität es uns ermög-

licht, uns humanitären Werken zu widmen«. Den Haupteinwand dagegen, der offenbar auch in der Bevölkerung zu hören war, lieferte »Heer und Haus« in dieser Schrift zu Schulungszwecken gleich selber: »Wenn die Ungerechten, die Machtgierigen, die Herrschaft an sich reissen und andere unterjochen wollen, dann darf es keine Neutralität mehr geben, dann müssen sich alle verbünden und gemeinsam kämpfen.« Beim Versuch, diesen Einwand zu entkräften, legte »Heer und Haus« die moralischen Untiefen des offiziellen schweizerischen Neutralitätsdiskurses hinsichtlich des Zweiten Weltkrieges auf peinliche Weise bloss: »Es besteht oft keine Einigkeit darüber, welche Partei die ungerechte und machtgerige ist. Fast immer kämpfen beide Parteien um Macht, wenn auch nicht immer von Anfang an und nicht im gleichen Masse und Grad. Aber wenn wir auch in manchen Fällen gar nicht leugnen könnten und wollten, dass auf der einen Seite sich vielleicht mehr Recht findet oder wenigstens zu finden scheint, als auf der andern, so müssten wir doch grundsätzlich neutral bleiben, und zwar auch dann, wenn wir unserer privaten Gesinnung nach mehr zu der einen Seite neigen sollten als zu der andern.«

»Integrale Neutralität« setzte eine ultrarelativistische Haltung geradezu voraus. Gesinnung wurde zur Privatsache erklärt. In Beantwortung eines Briefes des Medizinstudenten HD Josi Mattli aus Zürich schrieb »Heer und Haus« (i.A. Joss): »Unser Staat ist grundsätzlich neutral. Er muss sich unter allen Umständen strikte an die von ihm übernommenen Verpflichtungen halten. Das Ausland ist für die Schweiz nicht in Freund und Feind aufgeteilt, sondern wird in gleicher, gutnachbarlicher Art behandelt. Im Gegensatz dazu steht für den einzelnen Bürger keine Gesinnungsneutralität. Er kann seine Sympathien verteilen, wie es ihm beliebt. Doch ist es seine Pflicht als Bürger, sich bedingungslos hinter den Willen des Staates (...) zu stellen. Es ist gerade die Aufgabe unserer Vertrauensleute, in dieser Hinsicht zu wirken.«

Wittgenstein schrieb einmal: »Das Unausprechliche ist – unausprechlich – in dem Ausgesprochenen enthalten.« Unausgesprochen sprach aus dem Schweizer Neutralitätsdiskurs eine entsetzli-

che Panik. Der Luzerner Philosoph, Bibliothekar und Journalist (›Entscheidung‹, ›Nation‹) Xaver Schnieper, der mit Rudolf Roessler, dem späteren Nachrichtenmann ›Lucie‹ befreundet war und diesem 1934 den Weg von Berlin nach Luzern geebnet hatte, erklärte 1993 in seinem letzten Interview vor seinem Tode dem Filmemacher Erich Schmid: »Jeder Schweizer, wenn er politisch etwas dachte, wusste, dass ein Sieg der Deutschen den Untergang der Eigenstaatlichkeit bedeutet hätte. Aber wir haben offiziell unsere Neutralität verteidigt. Nicht die Demokratie, wir haben uns nicht solidarisiert mit den westlichen Demokratien, sondern wir haben nur unser neutrales Ghetto schützen wollen.« Während des Aktivdienstes war Xaver Schnieper im Büro Hausamann selbst nachrichtendienstlich tätig gewesen: »Neutralität als Maxime war verwurzelt in der Angst. Wir hatten einfach Angst gehabt. Menschlich begreiflich, diese Angst, aber sie ist unserer Tradition unwürdig gewesen. Wir hätten uns wirklich in einem stärkeren Mass solidarisieren müssen mit den Kräften, die in der westlichen Welt für die Demokratie und für eine freiheitliche Lebensordnung eingestanden sind und ihr Blut vergossen haben. Wir haben erst fünf vor zwölf angefangen, uns einigermassen, wenigstens in Worten, zu solidarisieren.« Denjenigen, welche die Vergangenheit ›endlich‹ auf sich ruhen lassen wollen und sich dagegen wehren, dass alte Geschichten wieder ›aufgerührt‹ werden, trat Schnieper entschieden entgegen: »Kein Volk, auch das schweizerische nicht, kann der eigenen Geschichte entfliehen. Die Geschichte wirkt immer nach, und wenn auch in Form eines Mythos, eines positiven oder negativen Mythos. Das einzige, was man kann, ist, sich dessen bewusst zu werden, und zwar viel mehr, als dies bisher geschehen ist. Wir müssen vor allem der Jugend klarmachen, dass wir nicht immer vorbildlich gewesen sind, und dass unser Mythos, den wir ab und zu zelebrieren, der Wirklichkeit nicht standhält.«

Zusammen mit dem Luzerner Architekten und Städteplaner Arnold Stöckli, der im Militär ebenfalls im militärischen Nachrichtendienst arbeitete, aber bei Max Waibel eingeteilt war, hatte Xaver Schnieper am Dezember 1943 in der ›Nation‹ geschrieben, die Schweiz stehe vor einer »Frage der Bewährung«, der »Bewährung nicht gegenüber der morschen, in sich selbst zusammenge-

brochenen Welt von gestern, sondern gegenüber einer neu entstehenden Welt, die in einem gerechten Frieden leben wird, und zu der man nur durch Taten und Opfer den Zugang findet, die man aber nicht durch Abseitsstehen und Zuschauen erkaufen kann. (...) Wenn wir (...) uns Rechenschaft ablegen, so wissen wir, dass wir weitgehend versagt haben, weil das Opfer uns zu gross erschien.« Die »Lobredner einer ›integralen‹ Neutralität«, so Schnieper am 18. Januar 1945, ebenfalls in der ›Nation‹, hätten »die politisch-moralische Isolierung der Schweiz als geradezu erstrebenswertes Ziel anerkannt (...). Nun aber ist es wirklich an der Zeit, mutig und ehrlich uns einzugestehen, dass die Schweiz ihren politischen Kredit, den sie im Laufe des 19. Jahrhunderts erworben hatte, weitgehendst aufgebraucht hat.«

Schüsse auf die Alliierten, »Neutralität«. Die Diskussion darüber, wie gross oder wie klein die Entscheidungsfreiheit und somit die politisch-moralische Verantwortung der Schweiz war, begann damals schon, auch wenn sie nur selten offen geführt werden konnte. Das Argument, wonach die Schweiz gezwungen gewesen sei, Deutschland gefällig zu sein – ob nun in der wirtschaftlich-monetären Zusammenarbeit oder bei der ›Verteidigung des Luftraums‹ – war seit der zweiten Hälfte des Jahres 1943 ungläubwürdig, sowohl in den Augen der Alliierten wie der Kritikerinnen und Kritiker im Lande selber. Die Schweiz stand aber noch immer unter einem Schock. Der panische Singsang der »integralen Neutralität« betäubte die Nation. Mit Sicherheit hätte die Schweiz im Juli und im Oktober 1943, als die Armee die ersten britischen und amerikanischen Bomber abschoß, die Wahl gehabt, anders zu handeln. Uneingestandene, blinde Angst verhinderte es. Die Abschüsse waren für die Tribüne gedacht, hatten den Zeichencharakter einer Opferhandlung. Der Tod der britischen und amerikanischen Flieger war eine der vielen den Deutschen dargebrachten blutigen ›Gaben‹. Die Waffenlieferungen und die Abweisung vom Tode bedrohter Flüchtlinge an der Grenze waren andere. Diese Deutung drängt sich auf. Die ›Schüsse auf die Befreier‹ hatten in erster Linie den Sinn, das Deutsche Reich zu be-

eindrucken. Eine Überlebensfrage waren sie nicht. Sie stellten den kaltblütigsten aller Versuche dar, angebliche »Neutralität«, Unparteilichkeit und Ungerührtheit zu »beweisen«. Nirgendwo als an den Grenzen und im Luftraum unternahm die Schweiz direktere und grössere Anstrengungen, sich selbst zu verleugnen.

Unter der Perspektive des realen Krieges war Neutralität nie mehr als eine Strategie, die darin bestand, auf Zeit zu spielen, zu hoffen, dass andere den Krieg beendeten. Sie war ein Planspiel, das im besten Fall darauf vertraute, dass die Alliierten schon gewinnen würden, und im schlechtesten Fall darauf spekulierte, dass die Nationalsozialisten, mit denen wir uns wirtschaftlich schon arrangiert hatten, am Tage X uns diese Hilfe vielleicht gebührend anrechnen würden. Der angelegte Wertmassstab war von allem Anfang an verbogen.

Gegenüber dem SS-General und Leiter der deutschen Auslandspionage Walter Schellenberg, der es schaffte, sogar den Schweizer Nachrichtenoberst Roger Masson auszuhorchen, hatte Hitler Mitte 1944 gesagt: »Merken Sie sich eins, Schellenberg, in diesem Krieg gibt es keinen Kompromiss, es gibt nur den Sieg oder den Untergang.« Hitler habe auch oft aus der »Edda«, der altnordischen Götterdichtung, zitiert: »Alles wird vergehen, übrig bleibt nichts als der Tod und der Taten Ruhm.« Dass das nationalsozialistische Welteroberungsprojekt, das in seiner Grenzenlosigkeit wie in der Grausamkeit der gewählten Mittel gänzlich auf Zerstörung und Selbstzerstörung angelegt war, nach dem mythischen Endsieg vor der schweizerischen Neutralität haltgemacht hätte, wird selbst im damaligen Bern niemand ernstlich geglaubt haben. Die Schweizer als Neutrale waren für die Nazis allenfalls »nützliche Idioten«, mehr nicht. Ein 1942 in die Schweiz geflüchteter Beamter des deutschen Propagandaministeriums, der Goebbels »schon aus der Kampfzeit (...) persönlich« kannte, schilderte im November 1942 dem schweizerischen Nachrichtendienst die deutsche Einstellung gegenüber der Schweiz wie folgt: »Der ganzen Propagandatätigkeit gegen die Schweiz liegt die Auffassung von Herrn Minister Goebbels zugrunde, dass die Schweizer ein Volk seien, das (...) im Sicherheitsbegriff befangen (...) sei. Die Schweizer seien (...) in die Kategorie [jener] Völker einzureihen, die durch Propaganda und

politische Aktionen mürbe gemacht werden können. (...) Die ganze Übernahme der zivilen Gewalt ist bis hinunter zu untergeordneten Posten schon vorbereitet. Unter den Plänen der Zermürbung figuriert auch ein Vorschlag, durch die Ausgabe von falschen Geldscheinen eine Währungserschütterung und damit eine Vertrauenskrise heraufzubeschwören. Bei der materiellen Einstellung der Schweizer verspricht man sich von einer solchen Massnahme noch grössere Wirkungen, als sie 1941 in Griechenland erzielt worden sind.« Der deutsche Überläufer äusserte auch die »Ansicht, dass Deutschland militärisch oder politisch gegen die Schweiz etwas unternommen wird, sobald Berlin einen kleinen Finger zu diesem Zweck frei erhält.«

Als grundsätzliche Lösung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland war die schweizerische Neutralität genauso illusionär wie die dänische, belgische oder holländische. Das war es, was der amerikanische Aussenminister Cordell Hull am 27. Juli 1942 meinte, als er sagte, Neutralität sei »absurd und selbstmörderisch«. Mit den Worten »Das macht mir dann der Dietrich mit meiner Leibstandarte« soll Hitler die Besetzung der Schweiz ursprünglich schon für die Zeit nach Abschluss des Westfeldzuges geplant haben. Ein Abschreckungsfaktor war die Schweizer Armee nur in dem Mass, wie dem Deutschen Reich wegen den Kriegsanstrengungen der Alliierten für zusätzliche Eroberungen die Hände gebunden waren. Die Schweiz hatte unter dem Eindruck der alleinigen Nachbarschaft mit dem Deutschen Reich »präventiv« einen wesentlichen Teil ihrer Souveränität und Unabhängigkeit aufgeben. Die Beschwörung der »Neutralität« war eine Art »neurotischer« Diskurs, der dazu befähigte, das schmerzliche Unvermögen des Kleinstaates »wegzurationalisieren« und mit dem eigentlichen Denken auszusetzen. Abseits der grossen deutschen Angriffssachsen Berlin-London und Berlin-Moskau gelang es der Schweiz so, sich »durch den Krieg durchzuschwindeln« und »allen Seiten ein Händchen zu geben«, wie es mir gegenüber ein leitender EMD-Beamter in der tiefsten Überzeugung, dass dies zu tun die Pflicht der Schweiz gewesen sei, formulierte.



## ISOLATION

Es geht mir nicht um den Beweis der These, »dass der Krieg unteilbar« sei. Viel zu viele Staaten wurden in den Zweiten Weltkrieg hineingerissen, und als damals noch Ungeborener, zudem mit Eltern, die weder wegen ihres politischen noch rechtlichen oder religiösen Status zu denjenigen gehörten, die sogleich verfolgt und umgebracht worden wären, wenn das Deutsche Reich die Schweiz überrollt hätte, steht es mir nicht zu, auch nur anzudeuten, die Schweiz hätte sich ungeachtet aller Kräfteverhältnisse in den Krieg stürzen müssen. Aber jeder Krieg und jedes Blutvergiessen ruft die Menschen auf, und wer sein Heil durch Wegsehen, Weghören und Schweigen sucht, wird sich seiner Haltung kaum rühmen können. Darin liegt das Unerträgliche des Mythos der »neutralen Schweiz«. Aus ihm spricht, wie es eine Leserin 1988 im »Tages-Anzeiger« formulierte, »eine Arroganz der Verschontgebliebenen«. Der Mythos spiegelt vor, es sei der blasse Begriff unserer »Neutralität« und nicht der alliierte Kriegseinsatz gewesen, der über unser staatliches Überleben entschied. Er suggeriert selbstgerecht und triumphalistisch höhere Moral, Heldenhaftigkeit und Ehre, wo Kleinmut, Angst und Notlüge regierten. Theo Albrecht meldete »Heer und Haus« am 18.11.1943 aus Wallisellen/ZH, es werde in seinem Bekanntenkreis »hauptsächlich die Auffassung vertreten, dass es keinen Sinn mehr habe, noch kurz vor »Torschluss« des Krieges wegen einer allzu starken Betonung der Meinungsfreiheit und der Handlungsfreiheit unseres Landes noch in den Krieg verwickelt zu werden. Wenn man bis jetzt verschont geblieben sei, solle man sich lieber noch ein wenig bücken, beziehungsweise den Mund halten, um ungeschoren aus dem Krieg herauszukommen.« Jean Rodolphe von Salis schrieb 1989, als die offizielle Schweiz sich fünfzig Jahre nach Kriegsausbruch im Rahmen der »Diamantfeiern« trotz massiver Kritik noch einmal im Zeichen des alten Mythos trotzig selbst ein Denkmal setzen wollte, in der »Weltwoche«: »Mir scheint, dass wir keine Lorbeerkränze auszuteilen, keine Triumphbögen zu errichten haben. Es waren andere, die im Zweiten Weltkrieg auch für uns geblutet haben. (...) Wenn Russland unter Hitlers Schlägen zusammengebrochen wäre, wenn die

Amerikaner und Engländer nicht in Italien und Frankreich hätten landen können, wenn die Widerstandskämpfer in den besetzten Ländern dem Eroberer nicht grossen Schaden zugefügt hätten, bis auch sie von den vorrückenden Siegern befreit wurden, wäre das Los der Schweiz sehr traurig gewesen. Wir hätten heute nichts zu feiern. (...) Wenn ich bedenke, was ich im und unmittelbar nach dem Kriege in unseren Nachbarländern miterlebt und gesehen habe, fühle ich mich als »verschonter« Schweizer beinahe beschämt.«

Arnold Stöckli, der damals im militärischen Nachrichtendienst mehr wusste, mehr wissen durfte, als die meisten anderen, erzählt mir, er habe einen Obersten gekannt, der jeweils bei alliierten Überflügen »mit der Pistole hinaufgeschossen hat. Das war ein Infanterieoberst, aber er hat der Truppe imponiert. So kleinliche Sachen hat es öfters gegeben. Ich habe ihm gesagt: »Da hast du eine kleine Sünde begangen, du hast ja gewusst, dass du nicht so weit hinauf kommst.« Das war symbolisch gewesen.« Über die Neutralität, so Arnold Stöckli, habe er immer gesagt: »Wenn wir neutral sein wollen, müssen wir auch die Schuld auf uns nehmen. Die Hilfe, die der andere braucht, versagen wir ihm.« Mit dieser Schuld, so Stöckli, müssten wir fertig werden.

Die Schweiz hatte sich nicht zu blossen »Stillsitzen« – im traditionellen Gegensatz zum »Beistehen« – entschlossen, sie hat den Alliierten zusätzliche Hindernisse in den Weg gelegt, ohne je dafür Abbitte geleistet zu haben. Freiwillig-unfreiwillig hatte sie sich zu Hilfsdiensten für die Gegenseite verpflichten lassen und fand im falschen Zeichen der »Neutralität« angeblich nicht einmal etwas dabei.

Anscheinend aber nur. Unter der spiegelglatten, täuschenden Oberfläche des schweizerischen Selbstbildes herrschte eine konstante Unruhe, erhob sich hinter der offiziellen Stimme der »integralen Neutralität« ein Foucaultsches Murren, drang ein zum Schweigen verurteilter Gegendiskurs raunend durch die Ritzen der Zensur, und verbreitete sich von Mund zu Mund die Botschaft: »Die Alliierten haben tausend Gründe, die Schweizer Indu-

striezentren zu bombardieren, und jede Bombe, die auf unser Land fällt, kann die letzte Warnung sein.« In diesem Flüstern geisselte sich die helvetische Seele, bezichtigte sie sich in unablässiger Bewegung der Lippen all jener Schlechtigkeiten, welche sie nach aussen hin leugnete, wälzte sich traumbildhaft die ewig wiederkehrende verdrängte Schuld. Wie ein Schatten huschten die Bombardierungsgerüchte über die gehauchten doktrinären Sentenzen, wie ein Kloss sassen sie im Halse fest und wanderten immer dann ungefragt über die Zunge, wenn die Schweiz zu feierlichem Sprechen anhub. Kein Kraut war gegen sie gewachsen, kein Erlass konnte sie zum Verstummen bringen, denn die Gerüchte waren nichts als die Ungestalt des offiziellen Diskurses, der sich selber widerlegte.

Als am Sonntag, 4. März 1945 erneut und ein letztes Mal Bomben auf Basel und Zürich niedergingen, hielt die Schweiz noch einmal den Atem an. Aus Gelterkinden/BL schrieb Dr. Falkner am 9. März 1945: »Mutmassungen schwirren natürlich über die Bombenangriffe auf Zürich und Basel. Der Glaube, dass es sich um Irrtümer gehandelt habe, ist schwer erschüttert.« Auch ausgesprochene Anhänger der Alliierten, so Dr. Falkner weiter, und »Empfänger der britischen Press News – beziehungsweise Olds – vermuten dahinter eine Drohung, wenn nicht gar einen Druck zur Aufgabe der Neutralität. (...) Oder dann handle es sich um einen persönlichen Racheakt von Kameraden der in der Schweiz zur Landung gezwungenen oder angeschossenen Piloten.« W. Weisskopf, ein anderer »Heer und Haus«-Korrespondent, hatte bereits einen Tag nach dem Angriff auf den Basler Güterbahnhof aus Basel selbst berichtet: »Man geht in der Sympathie für die Alliierten so weit, alles Tun derselben zu entschuldigen, und mach[t] insbesondere geltend, dass das Beschiessen der alliierten Flugzeuge durch unsere Flab – zum mindesten in den Städten – die Ursache der Bombenabwürfe sei, nebst unserer sogenannten Schuld des Transites. Ebenso wird in die Waagschale geworfen, dass wir den Alliierten zu grösstem Dank verpflichtet seien, indem sie uns vor der deutschen Gefahr befreien usw.« (5.3.1945).

In Zürich nahmen die Mutmassungen eine sehr präzise Form an. Der Absperrkordon um die zerstörten Häuser am Waldrand oberhalb der heutigen Uni Irchel hatte nicht verhindern können,

dass Informationen durchsickerten. Ein Bericht des Luftschutzkommandanten Major Rathgeb vom 19. März 1945 hält fest, dass »[a]us politischen Gründen (...) bei den Räumungsarbeiten beim Haus In der Hub 16 zeitweise auch zwei Heerespolizisten anwesend« waren. Alsbald machte das Gerücht die Runde, »die Bomben am Zürichberg« sollen »einer »Nazi-Zentrale« an der Frohburgstrasse gegolten haben« und »eine bestens geplante, beabsichtigte Aktion gegen die Spionage- und Propagandatätigkeit schweizerischer und ausländischer Nazi-Kreise in Zürich« gewesen sein. Der Zeitpunkt der Entstehung des Gerüchts ist exakt rekonstruierbar. Max Korthals aus Dübendorf, der als Angehöriger des militärischen Nachrichtendienstes dem Polizeioffizier des Territorialkommandos 6 unterstellt und vor Ort an den Untersuchungen beteiligt war, schilderte diesen Moment vierzig Jahre später in einem Leserbrief an den »Tages-Anzeiger« so: »Am schlimmsten betroffen wurde das Haus In der Hub 16, ein Dreifamilienhaus, das von zwei 250 kg-Bomben in tausend Stücke gerissen wurde. Nachdem sich der Rauch und der Staub gelegt hatten, lag zuoberst auf dem Trümmerhaufen eine entfaltete Hakenkreuzfahne in der Grösse von 160 auf 280 cm. Die Fahne wurde von Dutzenden von Nachbarn, herbeigeeilten Helfern sowie Luftschutzsoldaten gesehen und zunächst von der Stadtpolizei sichergestellt.« In dem Haus waren, wie aus den Akten hervorgeht, die 54jährige Maria M., Laborantin, und deren vier Jahre jüngere Schwester Rosa M., Büroangestellte, beide ledig, von den Bomben getötet worden, ebenso der 26jährige Helmut O., Feinmechaniker, und dessen um zwei Jahre älterer Bruder Richard O., ebenfalls Feinmechaniker, beide ledig. Das fünfte Todesopfer, die 59jährige Martha K., wohnte an der Frohburgstrasse 186. Der Zürcher Stadtpräsident Dr. A. Lüchinger, der die Abdankungsrede gehalten hatte, schrieb dem Territorialkommandanten am 29. März 1945 schon fast verzweifelt: »Es ist Ihnen, wie mir, bekannt, welche Gerüchte über die durch das Bombardement so schwer betroffene Familie O., in der Hub 16 in Zürich 6, herumgeboten wurden, weil anlässlich der Aufräumungsarbeiten ein an einen Schweizer Velo-Wimpel befestigter Hakenkreuz-Wimpel und später eine grosse Hakenkreuzfahne gefunden wurden, die der Familie O. gehörten. Ich war der

Meinung, dass diese Gerüchte, die nicht nur die Familie O. verletzen mussten, sondern auch zur Beunruhigung unserer Bevölkerung beitragen, von selbst sich einstellen werden. Ich höre aber, dass (...) immer neue Märchen in Umlauf kommen, so dass ich mich ernstlich frage, ob nicht die Presse veranlasst werden sollte, etwas darüber zu berichten.«

Doch eine Stellungnahme der Behörden unterblieb. Max Korthals, der damals auch mit der Anfertigung des nachrichtendienstlichen Rappports beauftragt war, erzählte weiter: »Die damals der Pressezensur unterstehenden Zeitungen berichteten zwar in Wort und Bild (...) und meldeten die Namen der Opfer. Die Hakenkreuzfahne wurde jedoch mit keinem Wort erwähnt, und Mutmassungen über die Gründe des Bombenabwurfs anzustellen, war grundsätzlich verboten. Doch auch von militärischer Seite wurde, wie in früheren Fällen, auf die im Volke herumschwirrenden Gerüchte nicht eingetreten, und diese blähten sich, da von amtlicher Seite kein Dementi laut wurde, naturgemäss weiter auf.«

Erst 1985, anlässlich des vierzigsten Jahrestags, lüftete der Zürcher Tages-Anzeiger mit einer Reportage von Hans-Heiri Stapfer das Geheimnis um die Bomben vom 4. März 1945. Stapfer, der bei den Recherchen für seine in den USA erscheinende Buchfolge »Strangers in a Strange Land« über Landungen und Abstürze amerikanischer Bomber in Europa Zugriff zu den entsprechenden amerikanischen Akten erhielt und damalige Besatzungsmitglieder befragte, fand heraus, dass an jenem Tag Flugplätze, Produktionsstätten für den neuen Messerschmitt Düsenjäger Me 262 sowie eine Panzerfabrik in Aschaffenburg auf dem Ziel der amerikanischen Luftwaffe standen: »Eine geschlossene Wolkendecke« machte den Besatzungen einen Strich durch die Rechnung. Die Hälfte der Bomber kehrte mit ihrer Bombenlast wieder zu ihren Basen zurück. Die übrigen suchten »Ausweichziele«. Die 392nd Bomb Group flog Pforzheim an. Im Nebel verloren aber drei Bomber »unter der Führung von Leutnant Sincocks den Anschluss an die Hauptformation«. Stapfer schreibt: »Diesen drei Bombern schlossen sich dann noch zwei B-24 Bomber der 491st und einer der 445th Bomb Group an. Völlig auf sich gestellt suchte nun Leutnant Sincocks zusammen mit seinem Navigator nach einem Loch

in den Wolken und einem Ausweichziel. Zu allem Übel setzte zu diesem Zeitpunkt auch das H2X-Radargerät in der Führungsmaschine aus. Und in den übrigen Bombern gab es kein Radargerät. Um 10 Uhr 15 bemerkten die gestressten Flieger plötzlich ein Wolkenloch, das die Sicht auf eine Stadt freigab. Sincocks, sein Navigator und der Bombenschütze identifizierten die Stadt eindeutig als Freiburg im Breisgau. Tatsächlich aber hatten ungünstige Winde die sechs Bomber viel weiter südlich abgetrieben. Nachlässigkeiten bei der Navigation trugen dazu bei, dass sich die Amerikaner über ihre wahre Position täuschten. Und den Zürichsee konnte die Besatzung der Bomber damals unter der Wolkendecke nicht ausmachen. So gab Leutnant Sincocks um 10 Uhr 19 nichts ahnend das Kommando »Bombs away«.« Wenige Minuten früher, um 10 Uhr 13, hatten »acht Maschinen der 466th und ein Bomber der 392nd Bomb Group«, die sich ebenfalls über Freiburg im Breisgau wähten – die amerikanischen Aktenstücke, die Stapfer dem Zürcher Stadtarchiv übergeben hat, zeigen dies deutlich – »ihre Bomben über dem Güterbahnhof von Basel« abgeworfen: »Der zweite Teil dieser Gruppe bemerkte in letzter Sekunde den Irrtum und trug seine Bomben weiter bis nach Offenburg über den dortigen Verschiebebahnhof.« Einige versprengte Bomber hatten genügt, die mottende innerhelvetische Debatte von neuem hell auflodern zu lassen. Das Rätsel der ominösen Nazifahne der Familie O. löste der erwähnte Max Korthals schliesslich in seinem Leserbrief: »Eine nahe Angehörige dieser Familie – mit Rücksicht auf die noch lebenden Angehörigen werden die Familienverhältnisse hier unscharf dargestellt – hatte in einer deutschen Grossstadt gelebt und war nach der Beschädigung ihres Hauses durch britische Bomben im Jahre 1944 zu ihren Verwandten nach Zürich übersiedelt. Lange habe sie gezögert, so erklärte sie uns in der Befragung, die ihr gehörende Hakenkreuzfahne mitzunehmen, doch in der Mangelsituation des Krieges mit ihrer Textilrationierung – so wörtlich – »gab man so gute Textilien, und wenn's eine Hitlerfahne war, doch nicht weg«. Ihre Verwandten hätten ob des seltsamen Umzugsgutes die Köpfe geschüttelt und ihr geraten, das Stück »tief zu verstecken«. Dass diese Fahne eines unglücklichen Tages gewissermassen ein Kapitel des schweizeri-

schen Nervenkrieges während der Mobilmachungszeit schreiben werde, war dem makabren Spiel des kriegerischen Zufalls zuzuschreiben.«

Misstrauen breitete sich wegen der Pressezensur, der August R. Lindt zufolge »unpopulärsten Kriegsmassnahme«, damals eben »wie ein Ölfleck« aus. Die schweizerische Zensur scheute sich nicht, damals auch die Vertreter der englischsprachigen internationalen Presse unter ihre Normen zu zwingen. Während in der Schweiz niedergelassene deutsche Journalisten über Telefon mehr oder weniger melden konnten, was sie wollten, unterlag der ganze Auslands-Pressetelegrammverkehr, auf den die Amerikaner und Briten in der Regel verwiesen waren, der Vorzensur. »Verhindert« werden sollte jede Meldung, die »unter dem Gesichtspunkte der Wahrung der inneren und äusseren Sicherheit des Landes und der Aufrechterhaltung der Neutralität im weitesten Sinne unerwünscht ist«, formulierte es Oberst Plancherel, der Chef der »Abteilung Presse und Funkspruch« in seinem Bericht über eine im Juli 1944 eingereichte Beschwerde anglo-amerikanischer Pressekorrespondenten, welche für ziemliches Aufsehen sorgte. Die Korrespondenten von Associated Press New York, United Press N.Y., Chicago Daily News, National Broadcasting N.Y., New York Times, Columbia Broadcasting N.Y., International News Service, Christian Science Monitor, Daily Express London, Evening Standard London und Daily Herald London hatten erklärt, sie sähen sich »gezwungen, kollektiv und solidarisch Protest zu erheben«, da »uns wegen der unbegreiflichen Haltung der schweizerischen Zensur eine Berichterstattung, wie sie von unseren Zeitungen mit Recht gefordert wird, verunmöglicht ist. (...) Die Telegrammzensur unterdrückt gewisse unserer Meldungen oder streicht Teile davon, ohne uns zu benachrichtigen.« Artikel wurden dadurch regelrecht entstellt, woran auch eine nachträgliche Benachrichtigung, wo sie erfolgte, nichts mehr änderte. Einem langen Artikel von Howard K. Smith (>Columbia Broadcasting<) vom 20. April 1943 etwa – über ausgedehnte Streiks in Norditalien – wurde die Übermittlung verweigert, weil sich Smith darin, laut Oberst Plancherels seltsamer Begründung, »auf die illegale italienische Zeitung »Italia Libera« berufen« hatte und »weil unser Land in einem Zeit-

punkt, an dem das faschistische Regiment noch bestand und mit unserem Lande diplomatische Beziehungen unterhielt, in bezug auf Meldungen, welche sich unter Berufung auf illegale Presseorgane mit Schwächen dieses Regime befassten, eine gewisse Zurückhaltung üben musste. (...) Nachdem dann Mussolini drei Monate später die Tatsache dieser Streikbewegung selber zugegeben hat, bestand kein Anlass mehr, Berichte darüber aufzuhalten.« Nach dem Hitlerattentat vom 20. Juli, schrieben die anglo-amerikanischen Journalisten, »blieben unsere Telegramme bis zu 20 Stunden liegen, ohne dass wir benachrichtigt worden wären.« In der Abteilung Presse und Funkspruch übten Personen »massgebenden Einfluss« aus, »die keinen Hochschein von den legitimen Bedürfnissen der Weltpresse haben«. Berichte betreffend Überfliegungen der Schweiz durften nicht über das hinausgehen, was in den amtlichen Kommunikés oder in den Schilderungen der Schweizer Presse enthalten war, sonst wurde gestrichen. Nachrichten aus sogenannten »Schwarzsendern« durften nicht übermittelt werden, ebensowenig wie Angaben über »Gerüchte« und Berichte über Bombardierungsschäden in Deutschland. 2,5% der Pressetelegramme wurden laut Oberst Plancherel beanstandet. In seinem Bericht vom 13. September 1944 gab er zu, dass Meldungen aufgehalten worden seien, »die sich nachträglich als richtig erwiesen. Ein (...) Beispiel bilden die unzähligen Berichte über von den deutschen Wehrmacht, der SS und der Gestapo begangene Grausamkeiten, die mangels genügend zuverlässiger Unterlagen lange als sogenannte Greuelmärchen aufgehalten werden mussten, obschon sich nun nachträglich herausstellt, dass die Wirklichkeit vermutlich noch viel grauenhafter war, als diese Gerüchte besagten.«

»Unbehagen« herrschte damals sogar unter einigen der Zensoren. Schweizer Journalisten nahmen den Protest der angloamerikanischen Kollegen auf. An der Generalversammlung des Vereins der Schweizerpresse vom 9. September 1944 erklärte Dr. J. C. Meyer: »Es scheinen sich nunmehr Missstände entwickelt zu haben, die für unser Land und seine demokratischen Prinzipien schlechterdings untragbar geworden sind. (...) Es mag gelingen, die breite Öffentlichkeit einmal, zweimal und vielleicht dreimal hinters Licht zu führen. Das unvermeidliche Ergebnis einer solchen

Pressepolitik besteht aber unweigerlich in einem totalen Vertrauensschwund in die Aufrichtigkeit und Zuverlässigkeit der Presse und, was schwerwiegender ist, der Regierung.«

Für von Nazi-Deutschland eroberte und befreite Länder, vor allem für die ehemaligen Neutralen, war es nach dem Krieg ein selbstverständlicher Schritt, den Vereinten Nationen beizutreten. Bei der Gründung der UNO (United Nations Organization) stand die Schweiz aber völlig abseits. Zur Konferenz in San Francisco, wo die Vertreterinnen und Vertreter von fünfzig Staaten ihre Unterschrift unter die »Charta der Vereinten Nationen« setzten, war sie nicht einmal eingeladen worden – eine Blamage sondergleichen für ein Land, das sich seit dem Westfälischen Frieden (1648) an allen grossen Nachkriegskonferenzen der Vergangenheit mit beträchtlichem Geschick hatte in Szene setzen können. Die Welt »dürstete nicht nach helvetischen Weisheiten«: In einem Aufsatz über die Vereinten Nationen und die Schweiz hielt der Schweizer Völkerrechtler und Diplomat Prof. William E. Rappard am 3. November 1944 fest, »die Institution der Neutralität im allgemeinen ist noch nie so tief gehandelt worden wie im Augenblick«. Karl von Schumacher, der Chefredaktor der »Weltwoche«, schrieb am selben Tage in einem Leitartikel: »Wir sind durch unsere Neutralität (...) eben doch weitgehend aus dem lebendigen Geschehen der letzten fünf Jahre herausgekapselt worden. Wir leben wie unter einer Glasglocke. (...) Aber das Rad der Geschichte dreht sich weiter. (...) [W]er im Krieg zu Boden geworfen worden ist, der kann wiedererstehen, das beweist das Beispiel Frankreichs, wer aber den Anschluss an die Welt von morgen nicht findet, der muss innerlich verdorren und verkümmern« (3.11.1945). In der »Weltwoche« vom 10. November 1944 doppelte K. v. Schumacher nach und warnte vor einem »generelle[n] Isolationismus«, »der für uns auf die Dauer tödlich werden müsste«.

Gestützt auf die Atlantik-Charta (14.8.1941) hatten sich am 1. Januar 1942 die 26 Staaten, die gegen die Achsenmächte kämpften, zu den »Vereinten Nationen« zusammengeschlossen. Der Entschluss, daraus nach dem Krieg eine Weltorganisation zur Auf-

rechterhaltung des Friedens zu schaffen, wurde 1943 gefasst. Die Konferenz von Dumbarton Oaks – am Rande der amerikanischen Hauptstadt – entwarf vom 21. August bis 9. Oktober 1944 eine Satzung der geplanten Organisation. Diese Vorarbeiten wurden auch in der Schweiz von einer kleinen interessierten Öffentlichkeit mit Interesse und Spannung verfolgt. Nationalrat Oeri stellte an einer Tagung der neuen Helvetischen Gesellschaft im April 1944 zum Thema »Kleiner Staat – was nun?« als erster die bange Frage, laut NZZ: »Wird die Schweiz genötigt sein, nach diesem Kriege (...) auf ein »Schandbänkli« zu sitzen?« Teilnahmeberechtigt für die Gründungskonferenz in San Francisco (25. April – 26. Juni 1945) waren nur die Staaten, die Deutschland vor dem 1. März 1945 den Krieg erklärt hatten. Dazu hatte sich die Schweiz auch nach allem, was über die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit bekannt geworden war, nicht durchringen können. Die Verwandlung von einem Kriegsbündnis zu einem Weltforum war aber von Anfang an das Ziel der UNO, und der Schweiz stand von da an gemäss Charta der Beitritt offen. Ein am 2. August 1945 an der Potsdamer Konferenz veröffentlichtes Kommuniqué seitens der Alliierten räumte jeden Zweifel aus, dass eine Kandidatur der Schweiz nicht angenommen worden wäre. Die beiden Deutschland traten wegen deutschlandpolitischen Problemen der Weltorganisation erst 1973 bei.

Unser Land aber hatte nicht viel dazu gelernt. In seiner Antwort auf die Interpellation Boerlin meinte Bundesrat Petitpierre, der Nachfolger von Pilet-Golaz, in der nationalrätlichen UNO-Debatte vom 2. April 1946, die Schweiz wolle »auf ihr Statut« als »neutrales« Land nicht verzichten und darum kein Beitritts-gesuch stellen – aus keinem anderen Grund, es ist rückblickend kaum zu fassen, als erneut der Sanktionenfrage wegen. Die Schweiz, so Petitpierre, wolle aktiv beim Aufbau einer friedlichen und sicheren Weltordnung mithelfen, aber »sie [die Schweiz] ist wie früher so auch jetzt davon überzeugt – und diese Überzeugung wurde durch den zu Ende gehenden Krieg verstärkt – dass sie durch die Beibehaltung ihrer Neutralität einen grösseren Dienst leistet als durch die Teilnahme an Sanktionen gegen andere Staaten.« Ein Beitritt zur UNO könne »erst ins Auge gefasst werden, wenn das interna-

tionale Statut der Schweiz im Rahmen der neuen Organisation anerkannt wird«. Doch die UNO stellte Abweichlern wie der Schweiz keine Sonderrechte in Aussicht. Mit dem polternden Gestus der Besserwisserei ging unser Land den Weg in die Abtrünnigkeit, zog sich in den Schmollwinkel der Weltpolitik zurück, in ihr geistiges »Réduit«. Petitpierre am selben 2. April 1946: »Ein mannhaftes Volk [un peuple viril], das die Absicht hat, Meister seines Schicksals zu bleiben, hat keine Angst vor der Zukunft – weder zittert es, noch kneift es vor den Schwierigkeiten.«

Die Liquidierung der Altlasten des Krieges vollzog sich in wechselndem Tempo, mal mit mehr, mal mit weniger Geschick, und ist, was das verpasste Rendez-vous mit der UNO und die Revision der schweizerischen Einstellung zu Sanktionen betrifft – wer dächte nicht gleich an die betrübliche Rolle der Schweiz als Boykottbrecher gegenüber dem weissen Regime in Südafrika in den siebziger und achtziger Jahren –, bis heute noch nicht abgeschlossen. Längst fällige, äusserst vorsichtig vorgetragene Relativierungen, wie sie etwa der »Bericht der Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität« vom März 1992 enthält, gelten schon als brisant.

Das Verhältnis zu den Amerikanern und Briten entkrampfte sich in der Nachkriegszeit hingegen schneller als erwartet. Das lag zum einen daran, dass die Schweiz im »Kalten Krieg« nun wieder auf der »richtigen« Seite stand, zum andern hatten die Amerikaner und die Briten mit ihren eigenen Problemen genug zu tun. Dazu gehörte nicht zuletzt auch die kritische Hinterfragung der letzten Phase des Bombenkrieges. Die Bombardierung Dresdens – in der Nacht vom 13./14. Februar 1945 durch die Royal Air Force, und am 14. und 15. Februar durch die US Air Force – erregte in England und den USA sowohl bei der Bevölkerung wie in Regierungs- und Parlamentskreisen Abscheu und Entsetzen. Air Marshall Sir Arthur Harris, dem Oberkommandierenden des Bomber Command, wurden nach dem Krieg alle Ehrungen verweigert. Sogar noch 1992, als von privater Seite ein erstes Denkmal für ihn errichtet wurde, erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Dies mag zeigen,

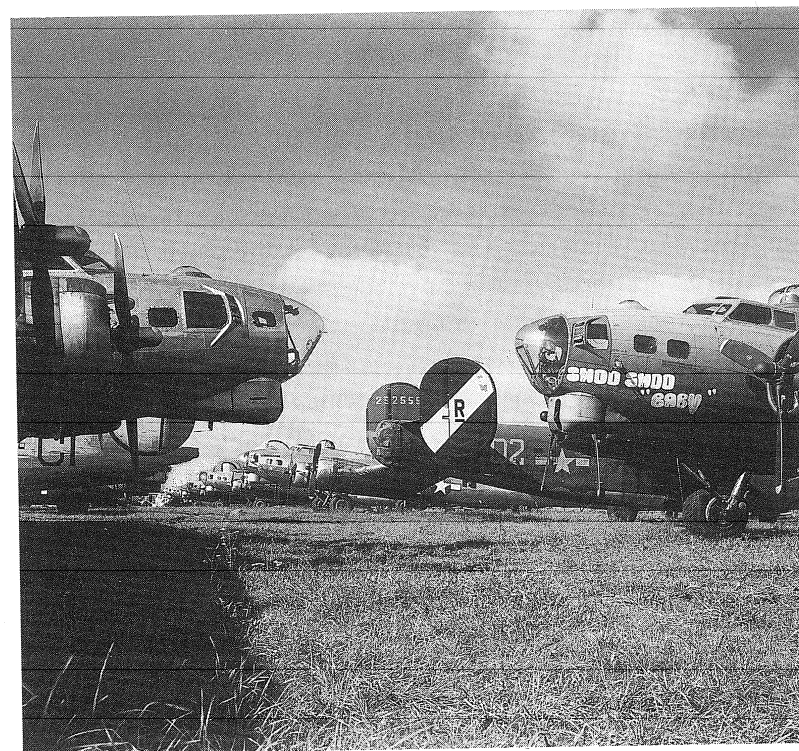
für wie selbstverständlich Kritik an der eigenen Geschichte in anderen Ländern gilt. Harris, so weiss die britische Geschichtsschreibung seit langem, hätte während des Krieges mehrfach wegen seiner Halsstarrigkeit und wegen Nichtbeachtung von Anordnungen von oben abgesetzt werden sollen. Aber seine Popularität liess diese Massnahme nicht zu. Harris hatte insbesondere wiederholt Pläne für Präzisionsangriffe auf Schlüsselindustrien, Flugzeugfabriken und Ölraffinerien, wie sie nicht nur von den Amerikanern, sondern auch von britischen Regierungsstellen gefordert wurden, ignoriert und bis im Frühling 1944 an seiner Überzeugung, Deutschland mittels Flächenbombardierungen zu besiegen, festgehalten. Nach dem 1000-Bomber-Angriff auf Köln vom 30. Mai 1942 war Harris, wie er am 17. Juni 1942 Churchill schrieb, der festen Meinung, Deutschland innert einiger Monate aus dem Krieg zu boxen. Er war sich sicher, die Luftangriffe würden unter den Deutschen eine Rebellion gegen die Nazis auslösen. Nach dem Scheitern der Luftschlacht um Berlin hatte Harris – vom 14. April 1944 an bis in den Herbst – dann seine Befehle von Eisenhower entgegennehmen und taktische Einsätze zur Vorbereitung der Landung in Frankreich fliegen lassen müssen. Die Verantwortung dafür, dass im Februar 1945 gegen Dresden nochmals alte, längst überholte Pläne (»Operation Thunderclap«) hervorgeholt wurden, fällt aber auch Churchill zu. Im Vorfeld der Konferenz von Jalta (4.-11. Februar 1945) suchte der britische Premier nach Möglichkeiten, den gegen Ostdeutschland vorrückenden Sowjets einen Beweis der Hilfestellung zu liefern. Was die Sowjets betrifft, so hatten sie jedoch lediglich strategische Luftangriffe gegen die Kommunikationsverbindungen in Ostdeutschland verlangt. Unter britischen und amerikanischen Historikern gilt es darüber hinaus mittlerweile als sicher, dass der Krieg um Monate früher hätte beendet werden können, wenn im September 1944 die Luftoffensive gegen die deutsche Ölversorgung konsequent weiterverfolgt worden wäre.

In Deutschland selber ist das Thema Luftkrieg noch weit davon entfernt, gefühlsmässig bewältigt zu sein, und wird aus Angst vor alten »Dämonen« eher tabuisiert. Den alliierten Luftangriffen fielen auf deutschem Boden – je nachdem, ob den Berechnungen

der ›Gebietsstand‹ von 1937 oder 1942 zugrunde gelegt wird – zwischen 537'000 und 570'000 Menschen zum Opfer. Der deutsche Bombenkrieg und die Angriffe mit V-1 und V-2-Raketen forderten umgekehrt allein in Grossbritannien 60'595 Tote.

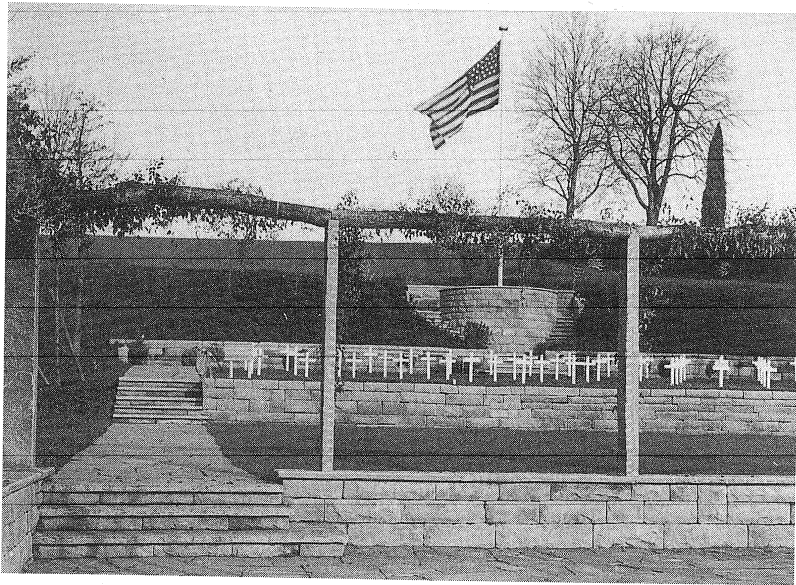
Für die insgesamt 166 amerikanischen Maschinen, die zwischen 1943 und 1945 in der Schweiz notlandeten, abstürzten, zur Landung gezwungen oder abgeschossen wurden, verrechnete die Schweiz den USA nach dem Krieg den Betrag von Fr. 1'976'434.85. Gemäss dem offiziellen Bericht über die Rückgabe der Flugzeuge waren 86 von ihnen leicht, 39 stark beschädigt und 41 total zerstört. Die Schweizer wollten den Amerikanern auch noch einen Zollzuschlag von Fr. 148'262.90 für den »illegal eingeflogenen« Flugzeugschrott verrechnen, aber das ging der US-Regierung denn doch zu weit, und sie lehnte dieses Ansinnen ab. Da die Schweizer Zollverwaltung aber hart blieb, musste für diesen Schildbürgerstreich ein zusätzlicher Kredit zu Lasten des Bundes gesprochen werden!

Zwischen dem 5. und 21. Oktober 1945 wurden der Schweizer Öffentlichkeit – aufgrund wiederholter Wünsche der Bevölkerung – die intakten und wiederhergestellten Maschinen auf dem Zivilflugplatz Dübendorf in Reih und Glied präsentiert. Bei zwei Bombern wurde, wie die NZZ schrieb, »durch Laufstege und durch Öffnung der Seitenwände Gelegenheit geboten (...), das Innere genau zu besichtigen (...) und damit einen anschaulichen Begriff von diesen Kriegswerkzeugen [zu] erhalten, die so lange, so oft und auch so schmerzlich das Interesse unserer Bevölkerung gefunden haben.« Die Einnahmen dieser »USA Bomber-Ausstellung« (Fr. 67'753.–) gingen, auf ausdrückliche Bedingung der Amerikaner, an das Rote Kreuz. Zwischen dem 13. und 26. Februar 1946 zeigte das Zürcher Warenhaus Jelmoli schliesslich auch eine Ausstellung über die Royal Air Force, die der ehemalige RAF-Pilot Frank A. Lorang organisierte. Auf dem Steinmühleplatz wurde eine »Spitfire« ausgestellt – diese Jagdflugzeuge hatten 1940 die »Schlacht um England« entschieden. Die Bevölkerung bekundete grosses Interesse und zeigte sich berührt.



»Bomberpark« Dübendorf.

Kühler zeigte sich die schweizerische Landesregierung. Auf dem kleinen amerikanischen Friedhof in Münsingen bei Bern, wo damals 61 während dem Zweiten Weltkrieg umgekommene amerikanische Flieger begraben waren, fand am 11. Januar 1948 eine abschliessende Totenfeier statt. Mindestens 16 der unter der Erde Liegenden hatte die Schweiz zu verantworten. Der Friedhof sollte aufgehoben und die Särge in die Vereinigten Staaten übergeführt werden. Der Bundesrat war eingeladen, war sogar um eine Rede gebeten worden. Er lehnte ab und unterliess es auch, die Presse auf diese Feier aufmerksam zu machen. Die Schweizer Filmwochenschau beschwerte sich nachträglich beim Eidg. Militärdepartement in bedauerndem Ton darüber. Sie hätten die schweizerische Bevölkerung mit einem Wochenschaubericht gerne an dieser Zeremonie teilnehmen lassen, schrieben sie, denn die Erinnerung »an die jungen in Münsingen begrabenen Flieger« werde »in der ganzen Schweiz in Ehren gehalten«. Das Eidg. Militärdepartement antwortete damals, der Friedhof Münsingen unterstehe amerikanischer Verantwortung. Es könne nicht erwartet werden, dass das Eidg. Militärdepartement bei »Veranstaltungen allgemei-



Amerikanischer Soldatenfriedhof Münsingen bei Bern.

nen Interesses«, bei denen es bloss zu ihrer Aufgabe gehöre, einen Armeevertreter abzuordnen, jedesmal die Presse avisieren.

Als Schweizer Vertreter hatte der Berner Regierungsrat Stäheli neben amerikanischen Rednern eine Ansprache gehalten. Er war bemüht, diesen letzten Schweizer Affront etwas zu mildern: »Ende des Jahres 1941 traten die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihrerseits in den Zweiten Weltkrieg ein – und zwar um der Verteidigung erhabener Werte willen: Demokratie, Freiheit der Völker und Menschenrechte, die von den totalitären Staaten in Gefahr gebracht worden waren. Mit einer in der Geschichte beispiellosen Entfaltung militärischer Kraft trug die amerikanische Armee dazu bei, die finsternen Kräfte niederzuzwingen, die diese neue Katastrophe ausgelöst hatten. Ich drücke der amerikanischen Nation den Dank aus für die gigantischen Opfer, die sie für Europa, das heisst auch für unsere Schweiz, zu erbringen bereit war. (...) Dieser Friedhof wird aufgehoben werden, aber die Erinnerung an die mutigen amerikanischen Flieger wird weiterdauern.«

Der anwesende Armeevertreter selbst, der Flieger- und Flabkommandant Rihner, hielt keine Rede. Danach legten verschiedene alliierte Vertreter Kränze am Grabmal nieder. Ein entsprechender Kranz der Schweizer Regierung ist nicht verbürgt. Ein Detachement der Festungswacht-Kompanie 16 feuerte eine Ehrensalue ab. Darauf folgte die amerikanische Nationalhymne.



Danken möchte ich zuallererst meinen Lektorinnen Lisa Inglin und Geri Balsiger, ebenso der Umschlaggestalterin Agnès Laube und Heinz Scheidegger, der für das Layout und den Satz besorgt war.

Ohne die grosse Unterstützung durch Marianne Biedermann, Daniel Glass (Stiftung für kulturelle, soziale und humanitäre Experimente, Basel), Afra Weidmann, Isabel Morf, Sandra Gloor, Stefan Sacchi, Isabelle Blümlein, Bernd Büter, Linus Reichlin, Rosemarie Flüeler, Elisabeth Burisch (Gruppe Olten), Willi Ebert, Erich Schmid, Peter Hirsch, Werner Schnüriger, Madeleine Kamber und Daniel Kamber hätte dieses Buch nicht zustande kommen können. Ich stehe tief in ihrer Schuld.

Für ihre Informationen und vielseitigen Hilfestellungen ebenfalls ganz herzlich danken möchte ich Jean-Pierre Wilhelm, Hans-Heiri Stapfer, Bob Long (Präsident der Swiss Internees Association, Lakewood/NJ, USA), Roy J. Thomas (Monroe/WI, USA), John V. H. Dippel (Piermont/NY, USA), Alexandre Mussard (Vaucresson, F), Roger Antoine (Saint Genis Pouilly, F), Raymond Glynne-Owen (Grasscroft, UK), James Mahaffey (Bonne Terre/MO, USA), Murray T. Bartle (Noranda, Australien), Daniel L. Culler (Green Valley/AZ, USA) und all den andern Mitgliedern der Swiss Internees Association, deren Aufzeichnungen ich benutzen durfte, Bettina Hunger, Erich Schmid, Heinz Looser, Dr. Daniel Bourgeois sowie den Archivaren und Archivarinnen im Schweizerischen Bundesarchiv und im NZZ-Zeitungsarchiv, Dr. Klaus Urner (Archiv für Zeitgeschichte, ETH Zürich), Toni Bernhard (Fliegermuseum Dübendorf), Werner Lindecker, Frédéric Schaad, Karl Sturzenegger, Elena Fischli Dreher, Arnold Stöckli, Dr. August R. Lindt, Jean Rodolphe und Elsie von Salis, Erika Düby, Franca Magnani, Dr. Heinrich Rumpel, Josef Rennhard, Ueli Zindel, Walter Krieg und vielen weiteren, hier Ungenannten.

## Anmerkungen zu Kapitel 1: ›Freund oder Feind‹

›Luftguerilla‹ gegen die Alliierten

›Freund oder Feind?‹: Artikel unter diesem Titel in: ›Freund oder Feind?‹: Luftschutz, Nr. 7 August 1942), S. 2 (ArFeind (Flugzeug-Erkennungsdienst)»

›viel tiefer...‹, ›zeitweise Sterne, ›mit regelmässig laufenden...‹, ›bewaldeten felsigen...‹: Bundesarchiv Bern, E 27/14572, Untersuchungsbericht vom 17.7.43;

›verschiedene englische...‹: Bericht des Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1939-1945, S. 115; Pascal Blanchard aus Blonay/VD erwähnte am 9.7.1993 gegenüber der Zeitung L'Est vaudois den Bericht des Kommandanten der Batterie auf dem Marchairuz: 400 Granaten des Kalibers 7,5 cm seien innert 45 Minuten verschossen worden; der Kommandant, den P. Blanchard, wie er mir am Telefon versicherte, persönlich traf, habe gesehen, wie das Flugzeug nach der Beschiessung eine schwarze Rauchfahne hinter sich herzog; laut Interviews, die P. Blanchard in Le Bouveret mit Augenzeugen führte, drehte die Lancaster im Nachthimmel Kreise und verlor an Höhe, bis sie brennend aus den Wolken hervorstiess; sie stand eindeutig in Flammen, bevor sie gegen den Berghang raste; die Tatsache, dass die Batterie auf dem Marchairuz den Abschuss meldete und Rauchentwicklung registrierte, schliesst übrige mögliche Hypothesen (Brand an Bord aufgrund von Motorenschaden oder eines Treffers schon über Frankreich) meines Erachtens definitiv aus;

›Ich stand vor...‹: NZZ, 13. Juli 1943 (Nr. 1093);

›nicht nur...‹, ›Die Leichen...‹: NZZ, 14. Juli 1943 (Nr. 1102);

›Man konnte beobachten...‹, ›vollständig verbrannt...‹: NZZ, 13. Juli 1943 (Nr. 1095);

›Major Gerber‹: Bundesarchiv Bern, E 27/14572, Bericht vom 17.7.43;

›Die Beisetzungsfierlichkeiten...‹: Tribune de Lausanne, 16.7.43 (Bundesarchiv Bern, E 27/14356, Bd. 5); Nummern der Gräber: Auskunft Ministry of Defense;

›Bataillonsmusik...‹, ›Unter der zahlreich...‹: Zeitungsausschnitt ohne Titelangabe, Bundesarchiv Bern, E 27/14356, Bd. 5;

›einigermassen erstaunt...‹: Schreiben Massons vom 16.7.43 an Oberstleutnant Schafroth, Bundesarchiv Bern, E 27/14356, Bd. 5;

›Luftguerilla...‹: Bundesarchiv Bern, E 27/14356, Bd. 6; 21.3.44;

›Wenn eine Bemerkung...‹: Bundesarchiv Bern, E 27/14356, Bd. 5; 17.7.43;

›den geringen Takt...‹, ›Die ›Sympathieäusserung...‹: Schreiben Schafroths an Masson vom 20.7.43; E 27/14356, Bd. 5;

›Keine Diskussion‹

(keine Anmerkungen)

›... damit ihr sie trifft!‹

›Die Flab beschoss...‹: Bericht des Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen, S. 116;

›Die amtlichen Stellen...‹: Meldungen in der Zeitschrift ›Luftschutz‹, Nr. 11, November 1943.

›graue Sprengwölklein‹, ›Augenzeuge‹: NZZ vom 2.10.43 (Nr. 1529);

›Ein Volltreffer einer...‹: Gottfried F. Ruegg, ›Fallschirm-Absprünge aus abstürzenden Bombern‹, ASMZ, Nr. 9, 1989, S. 581; vgl. auch G. F. Ruegg, ›Flab-Einsatz gegen amerikanische Bomber 1943‹, ASMZ Nr. 5, 1982, S. 239-241;

›drei Kilometer...‹: NZZ vom 2.10.43 (Nr. 1529);